



REPUBLIK ÖSTERREICH
Bundesrat

TÄTIGKEITSBERICHT DES BUNDESSTATES

Steiermark

2. Halbjahr 2016

Tirol

1. Halbjahr 2017



BUNDESSTATES

Impressum:

Herausgeberin/Medieninhaberin/Herstellerin: Parlamentsdirektion

Adresse: Dr. Karl Renner-Ring 3, 1017 Wien, Österreich

Redaktion: Prof. Dr. Andreas Pittler

Korrektorat: Aida Besirovic

Fotoredaktion: Bernhard Zofall

Bildnachweis Cover: Peter Lechner

Bildnachweis Cover Rückseite : © Parlamentsdirektion/Bernhard Zofall

Bildnachweis: Seite 38/39, 48/49 © Parlamentsdirektion/Thomas Jantzen

Layout/Grafik/Fotobearbeitung: Dieter Weisser

Druck: Grasl Fairprint

Wien, im Juni 2017

Inhalt

Grußworte der BundesratspräsidentInnen

Statements der Fraktionsvorsitzenden

Digitale Courage

Der Bundesrat als „Kammer der digitalen Zivilcourage“	8
Bundesrats-Enquete „#DigitaleCourage“	10

Pflege

„Die Zukunft der Pflege: Schaffbar, sichtbar, leistbar“	14
---------------------------------------------------------------	----

Verabschiedung von Bundespräsident Heinz Fischer

Feierliche Verabschiedung von Bundespräsident Heinz Fischer	20
-------------------------------------------------------------------	----

Angelobung von Bundespräsident Alexander Van der Bellen

Bundesversammlung nimmt Amtseid des Bundespräsidenten entgegen	24
----------------------------------------------------------------------	----

Bundesrat historisch

Der Bundesrat wird weiblich – und das immer deutlicher	28
Landeshauptmänner in der Länderkammer	29

Präsidentschaft Steiermark – Die Schwerpunkte

Ein Halbjahr im Zeichen der grünen Mark	30
<i>LH Hermann Schützenhöfer</i> : Die steirische Reformpartnerschaft als Vorbild für Österreich	32
Hoher Besuch aus der Volksrepublik China beim Präsidium des Bundesrates	33
<i>Karl-Heinz Lambertz</i> : Erklärung des Ersten Vizepräsidenten des Ausschusses der Regionen	34
Blockade von CETA durch Regionalparlament – Akt der Demokratie oder mangelnde Solidarität?	35
Bundesräte für Meinungsfreiheit und Unabhängigkeit von Justiz und Legislative in der Türkei	36
Die Länderkammer gedenkt ihrer ersten Sitzung am 1. Dezember 1920	36
Gedenkminute im Bundesrat nach Anschlägen in Berlin, Zürich und Ankara	37
Abschiedsrede von Präsident <i>Mario Lindner</i> : Demokratie braucht den Willen, besser zu werden	37

Präsidentschaft Tirol – Die Schwerpunkte

Ein Halbjahr unter den Schwingen des Tiroler Adlers	40
Bundesrat soll Sprachrohr für Verbesserungen im Pflegebereich sein	40
Europa weiterentwickeln, im richtigen Moment etwas zurückzuschalten	41
<i>LH Günther Platter</i> : Mehr Gemeinsamkeit, Föderalismus und ein Europa der Regionen	41
<i>LH Günther Platter</i> : Schulautonomie und qualitativ hochwertige Elementarpädagogik	43
Diskussion über Europa, Bildung, Sicherheit, Migration, Verkehr und Frauenpolitik	43
Bundesratsvizepräsidentin <i>Ingrid Winkler</i> : Nehmen wir uns die Gründerväter der EU zum Vorbild	43
<i>Sonja Ledl-Rossmann</i> : Zukunft der Pflegefinanzierung mit neuen Inhalten verknüpfen!	44
<i>Sonja Ledl-Rossmann</i> : Pflegeversorgung verbessern, ohne dabei Pflegepersonal schlechtzumachen	45
Ledl-Rossmann eröffnet Ausstellung von Margret Schiestl	45
Ledl-Rossmann zu Pflege: Mittel besser einsetzen, Arbeitsbesuch	46

Statistik

Übersicht betreffend die Tätigkeit des Bundesrates – 2. Halbjahr 2016 1. Halbjahr 2017	50
------------------------------------------------------------------------------------------------	----

Bundesratspräsident Mario Lindner

Für einen aktiven, selbstbewussten Bundesrat



© Parlamentsdirektion/PHOTO SIMONIS

Kurz bevor ich die Ehre hatte, am 1. Juli 2016 für ein halbes Jahr den Vorsitz im österreichischen Bundesrat zu übernehmen, meinte ein Kollege zu mir: „Ein erfolgreicher Präsident bist du dann, wenn in deinen sechs Monaten niemand die Abschaffung des Bundesrates fordert!“ Auch wenn meine Amtszeit nach dieser Definition genauso wenig von Erfolg gekrönt war wie die der meisten meiner VorgängerInnen, so zeigt diese Aussage doch ein fundamentales Problem auf: Viel zu oft werden medial und politisch Diskussionen inszeniert, die die Legitimation unserer Länderkammer infrage stellen. Und ich bin froh und stolz darüber, dass wir es im zweiten Halbjahr 2016 über alle Partei- und Fraktionsgrenzen hinweg geschafft haben, zu beweisen, dass Österreich einen aktiven, selbstbewussten Bundesrat braucht!

Insbesondere mit der Initiative für mehr digitale Courage ist es uns gelungen, die zahlreichen Kompetenzen unserer Kammer in eine breite Öffentlichkeit zu bringen! Gerade weil der Bundesrat manchmal etwas abseits der hektischen Tagespolitik steht, hat er die Chance, wichtige Themen intensiver zu diskutieren und langfristige Lösungen zu bieten. Der Kampf gegen Hass, Diskriminierung und Ausgrenzung im Internet ist dafür eines der besten Beispiele.

Mit der Bundesrats-Enquete zur „#DigitaleCourage“ konnten wir im November 2016 nicht nur medial breite Aufmerksamkeit erregen, sondern insbesondere den vielen NGOs, Institutionen und AktivistInnen, die in diesem Themenfeld arbeiten, eine dringend benötigte Vernetzungsplattform bieten. Schon im Vorfeld ist es uns zusätzlich gelungen, mit dem Grünbuch zum selben Thema die erste wissenschaftlich fundierte Sammlung mit Vorschlägen und politischen Perspektiven zu diesem brennenden Thema zu veröffentlichen. Zahlreiche österreichische und internationale ExpertInnen aus Wissenschaft und Praxis haben sich an diesen beiden Projekten federführend beteiligt – und damit den Erfolg der Bundesrats-Initiative zur digitalen Courage überhaupt erst möglich gemacht!

Im Rahmen dieser Kampagne ist es uns auch gelungen, den österreichischen Bundesrat zu einer der zentralen Drehscheiben im Kampf gegen Hass im Netz zu machen. Internationale ExpertInnen haben unsere Kammer in diesen sechs Monaten genauso besucht wie VertreterInnen von sozialen Medien und AktivistInnen der verschiedensten NGOs – von der Bundesjugendvertretung über das Rechtskomitee Lambda bis zur Song-Contest-Gewinnerin Conchita Wurst. Sie alle haben ihre Expertise und ihre Erfahrungen mit eingebracht und dieses zentrale Thema mit uns gemeinsam erstmals auf die überparteiliche, parlamentarische Ebene gehoben.

Zentral war es für uns dabei, der Debatte um Ausgrenzung in den sozialen Medien eine neue Richtung zu geben: weg vom Problem, nämlich Hass im Netz, und hin zur Lösung – zu gelebter, digitaler Zivilcourage! Denn um Hass und Ausgrenzung tatsächlich zu überwinden, braucht es mutige, couragierte BürgerInnen, die selbst gegen Diskriminierung auftreten. Und es braucht PolitikerInnen, die ihre Mitmenschen aktiv dabei unterstützen und selbst mit gutem Beispiel vorangehen. Davon bin ich nach meiner Zeit als Bundesratspräsident überzeugter denn je!

Eine gelungene Bundesratspräsidentschaft ist niemals die Leistung eines einzelnen Menschen, sondern ganz im Gegenteil immer Teamarbeit. Und auch der Erfolg der Initiative Digitale Courage war nur möglich, weil sich alle Fraktionen aktiv eingebracht und mitgestaltet haben. Wir haben den Bundesrat in dieser Zeit gemeinsam zur Kammer der gelebten Zivilcourage gemacht – und ich hoffe, dass wir damit einen Anstoß zu einem neuen Selbstbewusstsein unserer Länderkammer geben konnten!



Bundesratspräsidentin

Sonja Ledl-Rossmann

Pflege behutsam und durchdacht weiterentwickeln



© Parlamentsdirektion/PHOTO SIMONIS

Die Sicherung der Pflege zählt zu den größten gesellschaftlichen Herausforderungen und ist eine immense Verantwortung für Betroffene und nicht zuletzt auch für uns alle. Mit dem Ziel, zu Pflegenden und deren Angehörigen die besten Voraussetzungen für diese Aufgabe zur Verfügung zu stellen, habe ich meine Präsidentschaft ganz unter das Motto „Die Zukunft der Pflege: Schaffbar, sichtbar, leistbar“ gestellt.

Dabei war es mir vor allem wichtig, eine umfassende Bestandsanalyse zu erarbeiten – zusammengesetzt aus den Erfahrungen aus der österreichischen Praxis, den möglichen Handlungsstrategien für die kommenden Aufgaben und fachlichen Eindrücken aus dem In- und Ausland. Schließlich bauen wir auf ein System, das zu den qualitativsten im internationalen Vergleich zählt, aber nicht frei von Handlungsbedarf und politischen Entscheidungen ist.

Dazu zählt vor allem auch die Finanzierung, die Basis einer schaffbaren und leistbaren Pflege ist. Bis 2021 ist diese politisch gesichert – ein Zeitraum, der genügend Raum für die Ausarbeitung einer klugen und sozial verträglichen Gestaltung der Pflege bietet, zugleich aber auch die möglichst zeitnahe Auseinandersetzung damit erfordert. Dabei wird es vor allem darum gehen, die unterschiedlichen Modelle der Pflegefinanzierung offen und objektiv zu diskutieren und mit Zahlen darzustellen. Man darf hier nicht bis zum letzten Moment warten, sondern muss bereits jetzt eine fachliche Diskussion führen. Abseits der Frage nach dem besten Modell einer zukünftigen Finanzierung muss es darum gehen, bestehende Strukturen genau zu prüfen. Es wäre ein großer Fehler, ein neues Finanzierungsmodell über ein altes Pflegesystem zu stützen.

Zu den weiteren Herausforderungen zählt vor allem die künftige Angebotsentwicklung im ambulanten und stationären Bereich, die Ausweitung flexibler Modelle wie jenes der Kurzzeitpflege, der Ausbau der Unterstützungs- und Beratungsmöglichkeiten für pflegende Angehörige und neue Wohn- und Betreuungsformen. Weiters müssen die unverändert bestehenden bürokratischen Hürden und Informationsdefizite beseitigt werden. Der Politik muss es gelingen, der stets betonten Wichtigkeit des Themas auch ein Gesicht zu geben. In diesem Sinne sehe ich die Menge an Impulsen, Anregungen und Kritik im

Rahmen der erfolgreichen parlamentarischen Pflege-Enquete auch als Auftrag.

In diesem Sinne sollen die Erfahrungen und die Arbeit meiner Präsidentschaft eine Art überparteiliches Arbeitsprogramm für die Zukunft der Pflege werden. Schließlich braucht es gerade hier das Zusammenwirken zahlreicher Ebenen: von der Landes- und Bundespolitik über die Experten- und Praxisebene bis hin zu den Betroffenen. Besonders das Amt der Bundesratspräsidentin bietet die große Chance, Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger zu vernetzen und auf den verschiedenen Ebenen zu entsprechender Aktivität beizutragen.

Wichtig ist mir auch, dass das Thema nach dem Ende meiner Präsidentschaft nicht wieder in der Schublade verschwindet, sondern weiterhin ein wichtiger Teil der politischen Agenda bleibt. Im Wissen, dass in sechs Monaten nicht alle dringenden Fragen zur Pflege beantwortet werden, wird es auch danach viel Hartnäckigkeit, Kommunikationsbereitschaft und letztlich auch ein Bekenntnis zur konstruktiven und möglichst überparteilichen Zusammenarbeit aller politischen Kräfte brauchen.

Ich möchte jedenfalls die Gelegenheit nützen, um mich bei allen Menschen zu bedanken, die hier mit Engagement und ihrem Wissen mitarbeiten – aber auch bei jenen, die bereits heute in der Pflege dafür sorgen, dass Menschen nicht nur betreut, sondern auch liebe- und qualitativvoll begleitet, gefördert und umsorgt werden. Sie sind es, denen die Politik die besten Voraussetzungen zur Verfügung stellen muss. Denn niemand in diesem Land soll sich in einer derart schwierigen Situation wie der eigenen Pflege oder jener eines Angehörigen allein gelassen fühlen. Umso wichtiger ist, dass wir die Pflege – die, auch das muss an dieser Stelle betont werden, in vielerlei Hinsicht vorbildlich funktioniert – nun gemeinsam behutsam und zugleich durchdacht weiterentwickeln.

Erfolgreiche Präsidentschaften

Die Fraktionen ziehen Bilanz

Der Bundesrat am Puls der Zeit

In Fortsetzung der von Präsident Gottfried Kneifel gestarteten Initiative Digitaler Wandel und Politik hat Präsident Mario Lindner eines der großen gesellschaftlichen Probleme dieser Zeit aufgegriffen und mit der parlamentarischen Enquete „#Digitale Courage“ einen Schulterschluss für mehr Zivilcourage statt Hass, Ausgrenzung und Diskriminierung im Netz eingefordert. Dabei geht es auch darum, Zivilcourage zu zeigen, wenn jemand im Netz, in den sozialen Medien beschimpft und bedroht wird. Als Grundlage dafür dient ein Grünbuch zu diesem Thema, auch mit dem Hintergrund, im Jahr 2017 dafür Lösungen zu suchen. Der Bundesrat wird sich weiterführend mit dieser enormen gesellschaftlichen Herausforderung befassen. Auch das von Präsidentin Sonja Ledl-Rossmann zum Schwerpunkt der Präsidentschaft gemachte Thema „Die Zukunft der Pflege: Schaffbar, sichtbar, leistbar“ ist eine der großen Herausforderungen unserer Zeit. Obwohl das Thema Pflege so viele Menschen betrifft, werden die Bedürfnisse und Nöte der Betroffenen und ihrer Angehörigen sehr oft nicht ausreichend gewürdigt. Genau aus diesem Grund wurde dieses Thema in einer Enquete behandelt, in deren Rahmen die mit dem Pflegebereich verbundenen Fragestellungen und Herausforderungen ehrlich und offen erörtert wurden. Dabei ging es insbesondere um medizinische, pflegerische, finanzielle, psychologische, weltanschauliche, aber vor allem um zwischenmenschliche Aspekte. Wie Präsidentin Ledl-Rossmann auch in einem Statement betonte, die Politik müsse gerade jenen Menschen, die sich in schwierigen Lebenssituationen befinden, deutlich vermitteln, dass sie nicht alleine gelassen werden, Pflege hat sich ein Maximum an Sachpolitik und Minimum an Parteipolitik verdient. Zwei wichtige Themen, die der Bundesrat aufgegriffen, mit Experten diskutiert und Lösungsansätze für die Politik, aber auch für die Betroffenen und BürgerInnen vorgeschlagen hat und damit wirklich am Puls der Zeit liegt.



© Parlamentsdirektion/PHOTO SIMONIS

Edgar Mayer

Vorsitzender der Bundesratsfraktion der ÖVP

Ein gutes Jahr für den Bundesrat

Die letzte Präsidentschaft mit Mario Lindner sowie die laufende Präsidentschaft mit Sonja Ledl-Rossmann sind in vielerlei Hinsicht Präsidentschaften gewesen, auf die wir Bundesrätinnen und Bundesräte stolz sein können. Also zwei beeindruckende Persönlichkeiten, die mit interessanten – wenn auch völlig unterschiedlichen – Themen ihre Präsidentschaft bespielen bzw. bespielen. War es bei Mario Lindner die digitale Courage als forderndes und zeitgemäßes Thema betreffend die Herausforderungen gegen Hass oder Mobbing im Netz, ist es bei Sonja Ledl-Rossmann das Thema Pflege, ein Thema, das immer aktueller wird und in viele Politikbereiche eindringt.



© Parlamentsdirektion/PHOTO SIMONIS

Reinhard Todt

Vorsitzender der Bundesratsfraktion der SPÖ

Mit spannenden Enqueten unter Beiziehung von Expertinnen und Experten wurden diese Themen so aufgearbeitet, dass auch die Medien und die interessierte Öffentlichkeit teilnehmen konnten.

Aber nicht nur das:

Die Ergebnisse aus der Enquete „#DigitaleCourage“ wurden von der Bundesregierung insbesondere der Frau Staatssekretärin Mag.^a Muna Duzdar aufgenommen und zu einem erfolgreichen Projekt weitergeführt. Einerseits wurde eine Anlaufstelle für Wahrnehmungen über solche Sachverhalte eingerichtet, andererseits werden die Nutzerinnen und Nutzer des Netzes informiert, wie sie mit solchen Vorgängen umgehen sollten, wenn sie selbst davon betroffen sind.

Wie interessant das Thema Pflege ist, zeigt sich auch am letzten Volksanwaltschaftsbericht, der große öffentliche Aufmerksamkeit erzielte. In diesem Bereich werden Länderkompetenzen angesprochen, weshalb es zielführend ist, dass der Bundesrat hier aktiv wird. Denn die Würde unserer älteren Menschen, die in solchen Pflegeeinrichtungen leben, muss mit allen Mitteln gewahrt werden.

Bundesländervertretung Länderkammer

Die Wahl des Bundespräsidenten hat das Jahr 2016 thematisch wesentlich bestimmt. Das Ausscheiden der beiden Kandidaten von SPÖ und ÖVP schon im ersten Wahlgang, die Aufhebung der ersten Stichwahl und die Unzulänglichkeiten der Briefwahlkuverts haben für viele Diskussionen gesorgt. Manche Bürger haben ernsthaft am Funktionieren unserer Demokratie gezweifelt. Es musste ein neues Briefwahlgesetz beschlossen werden, das aber auch nicht zur Zufriedenheit aller ist, weil die Briefwahl nach wie vor für Manipulationen anfällig ist. Der Rücktritt von Kanzler Faymann und der damit verbundene Austausch von Ministern und Staatssekretären hat die Koalition zum mehrmals gehörten Neustart gezwungen. Die Auseinandersetzungen und gegenseitigen Schuldzuweisungen sind bekannt. Die Regierungsvorlagen wurden weniger, was natürlich auch der Bundesrat zu spüren bekommen hat. Die Auswirkung des Austritts Großbritanniens aus der EU ist immer wieder ein Thema auch in der Länderkammer. Es gibt viele Prognosen unterschiedlicher Ausrichtung; wohin sich Großbritannien letztlich entwickelt, wird uns die Zukunft zeigen. Trotzdem kann die EU nicht einfach zur Tagesordnung übergehen, sondern muss sich weiter entwickeln. Sie wäre gut beraten, sich auf die wichtigsten Themen wie Außenpolitik, Wirtschaftspolitik und innere wie äußere Sicherheit zu konzentrieren. Die Fülle an Richtlinien, die sehr oft dem Subsidiaritätsprinzip der Mitgliedsstaaten widersprechen, muss zurückgefahren werden. Viele Mitteilungen des EU-Ausschusses des Bundesrates an die Kommission in Brüssel zeigen, dass die Länderkammer in Vertretung der Bundesländer sehr aufmerksam ist und rechtzeitig tätig wird. Der Bericht der Volksanwaltschaft nach Untersuchung von über hundert Pflegeheimen hat gezeigt, dass unser System leider immer noch anfällig für Diskriminierung und Gewalt bei besonders schutzbedürftigen Menschen ist. Die Missstände müssen rasch behoben und die Situation für Pflegepersonal und Pfleglinge verbessert werden, von welcher Regierung auch immer.



Monika Mühlwerth

Vorsitzende der
Bundesratsfraktion der FPÖ

© Parlamentsdirektion/PHOTO SIMONIS

Keine Macht dem Hass im Netz

Herausforderungen
erkennen, Zukunft
gestalten

„#DigitaleCourage“ und die Zukunft der Pflege: Die beiden vordringlichen Themen im vergangenen Bundesratsjahr sind für die zukünftige gesellschaftliche Entwicklung von enormer Bedeutung.



Nicole Schreyer

Vorsitzende der
Bundesratsfraktion der Grünen

© Tiroler Grüne

Dabei könnten sie unterschiedlicher nicht sein. Hass im Netz, Cybermobbing bis hin zu Gewaltaufrufen und Morddrohungen sind ganz neue Probleme, die erst in den letzten Jahren durch das Internet entstanden sind. Wir sehen uns immer öfter damit konfrontiert, dass wir auf neue Entwicklungen mit teils jahrzehntealten Gesetzen nicht adäquat reagieren können. Hetze, Drohungen und Diffamierung mussten früher lange vorbereitet und geplant werden, Flugblätter mussten teuer gedruckt und verteilt werden. Heute genügt ein Smartphone, um übelste Beleidigungen und Drohungen schnell und gratis in die ganze Welt zu schicken. Gleich geblieben ist nur das immense Leid der Opfer. Ich bin sehr froh, dass mit dem Schwerpunkt digitale Courage das Thema so breit diskutiert wurde, großes öffentliches Interesse auslöste und nach Enquete und Empfehlungen in der Regierung weiter behandelt wird. Wir Grünen werden hier mit aller Kraft dazu beitragen, gute, zukunfts-fähige Lösungen zu finden.

Pflege wird uns alle früher oder später betreffen. Der demographische Wandel so wie Änderungen in traditionellen Familienstrukturen stellen uns vor große Aufgaben. Ziel sollte ein würdevolles Leben mit bestmöglicher Versorgung und Unterstützung bei größtmöglicher Eigenständigkeit für die zu Pflegenden sein. Die faire Verteilung von Pflegeleistung zu Hause muss gewährleistet und ebenso wie die Pflege in Einrichtungen nachhaltig finanziert werden. Es gilt, Bewährtes zu verbessern, Herausforderungen neu zu denken und kreative Lösungsansätze zu suchen und zuzulassen.

Der Bundesrat als „Kammer der digitalen Zivilcourage“

Mario Lindner stellte sich die Aufgabe, in seiner Präsidentschaft das Thema der digitalen Courage einer breiteren Öffentlichkeit nahezubringen. Diesem Ziel diente auch eine eigene Enquete des Bundesrates.

„Wir alle haben uns immer wieder daran zu erinnern, dass Mut und Zivilcourage die Wirklichkeit zum Besseren verändern können!“ Dieses Zitat der verstorbenen Nationalratspräsidentin Barbara Prammer stellte der Steirer Mario Lindner seiner Antrittsrede als Präsident des Bundesrates voran – und gab damit den Startschuss zur Initiative digitale Courage.

Hass, Ausgrenzung und Diskriminierung im Internet – kaum ein Thema hat den gesellschafts-politischen Diskurs im Jahr 2016 so geprägt wie dieses. In Österreich und ganz Europa debattierten NGOs, Medien, Interessensvertretungen, politische Bewegungen und Regierungsinstitutionen, wie für dieses wachsende Phänomen schlagkräftige Lösungen gefunden werden könnten.

Der österreichische Bundesrat nahm sich dieses Themas im zweiten Halbjahr 2016 mit der Initiative digitale Courage an. Der steirische Bundesratspräsident Mario Lindner erklärte dazu in seiner Antrittsrede am 14. Juli 2016: „Wir alle wissen, dass man nicht jedes Problem in unserer Gesellschaft mit neuen Gesetzen und Verboten lösen kann. Das heißt für uns aber, dass wir neue Wege beschreiten und neue Lösungen definieren müssen! Unser Ziel muss eine Gesellschaft sein, in der jede und jeder das gleiche Recht auf Selbstverwirklichung und Sicherheit hat – ohne zum Opfer von Ausgrenzung und Diskriminierung zu werden!“

Weg vom Problem, hin zur Lösung

Die Bundesrats-Initiative zur digitalen Courage verfolgte daher mehrere Ziele. Einerseits sollte eine dringend benötigte Plattform zur Vernetzung von NGOs, AktivistInnen und PolitikerInnen geschaffen werden, die sich mit dem Kampf gegen „Hass im Netz“ beschäftigten. Andererseits sollte vor allem die gesellschaftliche Debatte in eine neue Richtung gelenkt werden: „Unser Ziel ist es, nicht immer nur vom Problem, also von Hass im Netz zu reden, son-

dern endlich auch eine Lösung zu bieten – nämlich gelebte, digitale Zivilcourage“, so Lindner schon in seiner Antrittsrede. Das Ziel der Bundesrats-Initiative war es daher, Menschen und Organisationen mit den verschiedensten Lösungsansätzen zu vernetzen und das Thema digitale Courage in eine breitere Öffentlichkeit zu bringen. Dies geschah im Rahmen von Vernetzungstreffen und Diskussionen im Hohen Haus, durch die Veröffentlichung des „Grünbuchs Digitale Courage“ und ganz besonders durch die Bundesrats-Enquete unter demselben Titel.

Schulterschluss für mehr digitale Courage

Im Rahmen der Initiative digitale Courage lud Bundesratspräsident Lindner im Sommer und Herbst 2016 die verschiedensten Organisationen und Institutionen, die im Kampf gegen Ausgrenzung im Internet engagiert sind, ins Parlament. Im Zuge dieser Gespräche wurden nicht nur Erfahrungen und Best-Practice-Beispiele ausgetauscht, sondern auch gemeinsame Perspektiven entwickelt. Von der Bundesjugendvertretung über Länderorganisationen wie den steirischen Landesjugendbeirat bis hin zu JournalistInnen und Server-BetreiberInnen brachte eine Vielzahl an Personen ihre Erfahrungen in diese erste Phase der Bundesrats-Initiative ein.

*„Mut und Zivilcourage
können die Wirklichkeit
verändern.“*

Mario Lindner

„Wie bei vielen anderen gesellschaftlichen Problemen“, gibt es auch im Kampf gegen Hass im Netz keine Patentlösung. Ich bin der festen Überzeugung, dass die Politik in dieser Frage eine wichtige Rolle spie-





Bundesratspräsident Mario Lindner begrüßt die Enquete-TeilnehmerInnen © Parlamentsdirektion/Raimund Appel

len muss – aber keinesfalls die einzige. Wir können Plattformen bieten, Mittel zur Verfügung stellen und Gruppen, Initiativen und Einzelpersonen vernetzen. Aber die Politik kann dieses gewaltige Problem nicht allein lösen – was unser Land braucht, ist ein Schulterschluss für mehr digitale Zivilcourage“, erklärte Bundesratspräsident Lindner zum Auftakt der Initiative.

Lehrlingsparlament zum Thema „Hate Speech“

Auch das zweite Lehrlingsparlament, an dem rund 100 Lehrlinge aus ganz Österreich teilnahmen und zwei Tage lang im Hohen Haus diskutierten, beschäftigte sich 2016 mit dem Kampf gegen Hass

im Netz. Bundesratspräsident Lindner betonte vor den teilnehmenden Jugendlichen die Wichtigkeit, auch junge Perspektiven in die Bundesrats-Initiative digitale Courage aufzunehmen. Die Ergebnisse des Lehrlingsparlaments wurden dementsprechend in der Enquete der Länderkammer im November 2016 berücksichtigt.

Grünbuch „Digitale Courage“

Als ersten Höhepunkt dieser Initiative legte Bundesratspräsident Lindner im Herbst 2016 das „Grünbuch Digitale Courage“ vor. Darin präsentierten ExpertInnen aus Theorie und Praxis ihre wissenschaftlichen Analysen zum Kampf gegen Hass

und Ausgrenzung im Internet: Sie lieferten Fakten und Rechtsmeinungen genauso wie wichtige Praxis-Beispiele. Mit 16 nationalen und internationalen Beiträgen entstand dadurch in diesem Themenbereich das erste wissenschaftlich fundierte Programm mit Vorschlägen an die österreichische Politik.

Bundesrats-Enquete „#DigitaleCourage“

Im Zentrum der Initiative digitale Courage stand die Bundesrats-Enquete unter demselben Titel. Am 16. November 2016 lud die Länderkammer dazu ExpertInnen aus Zivilgesellschaft und Wissenschaft ein, um gemeinsam mit politischen VertreterInnen über neue Lösungsansätze im Kampf gegen Hass, Ausgrenzung und Diskriminierung im Internet zu diskutieren. Seitens der Bundesregierung meldeten sich in diesem Rahmen Justizminister Wolfgang Brandstetter und Staatssekretärin Muna Duzdar zu Wort.

Das Stenographische Protokoll der Bundesrats-Enquete „#DigitaleCourage“ steht dauerhaft auf der Website des österreichischen Parlaments zur Verfügung.

Eine Herausforderung für die gesamte Gesellschaft

„Hass im Netz ist eine Herausforderung, vor der unsere gesamte Gesellschaft steht“, sagte Bundesratspräsident Mario Lindner in seiner Begrüßung zum Auftakt der Enquete. Politik mit Verboten und Verordnungen allein reiche nicht aus, um gegen Beschimpfungen und Ausgrenzung vorzugehen – es brauche dazu die Zivilgesellschaft. Genau diesen Weg, alle einzubinden, gehe der Bundesrat mit dieser Enquete, zusammen mit dem vorausgegangenen Arbeitsmeeting, mit den Vorschlägen des Lehrlingsparlaments, mit dem „Grünbuch digitale Courage“. Es gehe darum, Zivilcourage zu zeigen, wenn jemand im Netz, in den Sozialen Medien beschimpft und bedroht wird. Dass dieses Problem besser heute als morgen gelöst wird, sei eine historische Verantwortung, so Lindner. 2017 soll das Jahr der Lösungen und der digitalen Zivilcourage werden, lädt der Bundesratspräsident jede und jeden ein, sich zu beteiligen.

Österreich als friedlicher Ort des Zusammenlebens

„Mit Angst und Verunsicherung darf man nicht spielen“, stellte Justizminister Wolfgang Brandstetter seiner Rede vor der Bundesrats-Enquete voran. Er betonte außerdem, dass es für wesentliche Bereiche dieser Thematik schon strafrechtliche Regelungen gebe – so zum Beispiel durch die Einführung eines Straftatbestands für Cybermobbing und höhere Strafandrohungen im Rahmen der Verhetzung. Auch eine laufende Zunahme an Fällen mache die Notwendigkeit deutlich, entsprechende strafrechtliche Grenzen zu setzen. Statt weiterer Verschärfungen

im Strafrecht sieht er den nächsten Schritt derzeit darin, die Betreiber der Onlineplattformen in die Pflicht zu nehmen und europaweite Regelungen gegen Gewalt und Hass im Netz zu finden. Neben einer Selbstverpflichtung der sozialen Medien gegen die Phänomene der Hasspostings arbeite man auch interministeriell weiter daran, Österreich als einen Ort des friedlichen Zusammenlebens zu erhalten, auch im Netz.

Netz von Hass durch mehr Zivilcourage zurückerobern

Staatssekretärin Muna Duzdar betonte in ihrer Rede, welchen großen Einfluss die Gewaltphänomene im Netz heute mittlerweile sogar auf die Demokratie und den Rechtsstaat haben. Sie stimmte mit dem Justizminister überein, dass man sich mit Regulierungen für die entsprechenden Online-Plattformen auseinandersetzen müsse. Hass im Netz passiere aber nicht losgelöst von gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen. Es gehe auch darum, im Alltag den Phänomenen aus Hass und Gewalt entgegenzutreten. Die vermeintliche Unsichtbarkeit im Netz verstärke aber diese Tendenzen, ebenso wie Falschinformationen oder Meinungsroboter Angst und Verunsicherung herbeiführten. Hass im Netz schlage auch in konkrete Taten um, bedauerte Duzdar. Neben den gesetzlichen Maßnahmen brauche es die starke Einbindung der Zivilgesellschaft, um das Internet von Hass zu befreien, zeigte sich die Staatssekretärin davon überzeugt, unter anderem mit der Initiative zur digitalen Courage das Netz wieder zurückerobern zu können.

Impulsreferate:

„Mehr Anfang als jetzt war nie“

In seinem Impulsreferat im Rahmen der Bundesrats-Enquete sah der Sprachphilosoph und Politikwissenschaftler Paul Sailer-Wlasits Hatespeech in den sozialen Medien im historischen Kontext nicht als neues Phänomen, sondern als neues Symptom einer langen kulturgeschichtlichen Entwicklung. Die Verwendung der Sprache spiele dabei eine gewichtige Rolle – so würden sprachliche Angstbilder und Aufrüstung dazu beitragen, dass Hass manifest wird. Sprachentgleisungen und Sprachgewalt könnten dabei eine neue Dimension des Übergangs vom Wort zur Tat vorbereiten. Für den Vorsitzenden des Mauthausenkomitees Österreich, Willi Mernyi, warf das Phänomen der Hassrede grundlegende Fragen zum Thema Zivilcourage auf. Aus Studien zur Zivilcourage in Zeiten des NS-Widerstands berichtete er, dass die RetterInnen gegen den Nationalsozialismus nicht als solche geboren wurden, sondern sich konkret dafür entschieden hätten, den Hass und die Gewalt zu bekämpfen. Das heutige Problem seien Phänomene wie die sogenannten „sozialen Gaffer“ oder „Non-helping Bystander“, und wie man diese dazu bringen könne,

zivilgesellschaftliche Akteure zu werden. Politik müsse die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass sich Menschen zur Zivilcourage persönlich angesprochen fühlen.

Lyane Sautner, Universitätsprofessorin für Strafrecht und Rechtspsychologie an der Johannes Kepler Universität Linz, betonte im Rahmen der Enquete, dass die Ursachen der Hasskriminalität nicht allein in den neuen Kommunikationstechnologien, sondern auch in den Prozessen des gesellschaftlichen Wandels gesucht werden müssten. Man müsse daher auch bei

Ö3-Moderatorin Elke Rock, vormals Lichtenegger. Sie berichtete von einer Flutwelle aus Hass, Demütigung, Perversionen und Morddrohungen, die auf Facebook im April 2014 auf sie einstürzten. Der Anlass war eine – später von ihr als überspitzt und unglücklich formuliert bezeichnete – Aussage zu einer damals unbekanntem österreichischen Band, die aus dem Referenzrahmen genommen und via YouTube und Facebook verbreitet wurde. Die Flut aus Beschimpfungen ähnelte einer digitalen Hexenjagd, so die Ö3-Moderatorin. Insgesamt sei im Netz durch die fehlenden Grenzen, mangel-



v.li. Justizminister Wolfgang Brandstetter, Bundesratspräsident Mario Lindner und Staatssekretärin Muna Duzdar
© Parlamentsdirektion/Raimund Appel

den gesellschaftlichen Bedingungen ansetzen, die den Nährboden für Hasskriminalität bildeten, nämlich den verbreiteten Vorurteilen gegenüber bestimmten Bevölkerungsgruppen. Das Regelwerk der strafrechtlichen Verbote sei bereits weitgehend engmaschig – es gehe daher darum, die bestehenden Regelungen auch effektiv zu machen.

Einen sehr emotionalen Moment erlebte die Bundesrats-Enquete durch die bewegende Rede von

den Spielregeln oder tatsächlichen Konsequenzen die Gefahr groß, dass solche Wellen an Hass und Gewalt jederzeit jeden Einzelnen treffen können, dies passiere im Netz auch bereits jeden Tag tatsächlich. Daher müssten klare Spielregeln für die Kommunikation im Netz definiert werden, so Elke Rock, die zu ihrer emotionalen Rede aus Sicht einer persönlich Betroffenen im Sitzungssaal des Bundesrates deutliche Unterstützung in Form langanhaltenden Applauses fand.

Panel I – Opferschutz und Recht

„Angst und Hass sind Treiber für Kriminalität und Gewalt“, unterstrich Verfassungsschützer Gridling im Rahmen seines Referats vor der Bundesrats-Enquete – Hasspostings seien oft die Vorstufe dazu. Evoziert würden solche Entwicklungen nicht zuletzt durch die erhöhte Frequenz von Problemstellungen, der die nationale Politik nicht immer Herr werde, Stichwort Flüchtlingsbewegungen. Das Internet identifizierte der Direktor des Bundesamts für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung als neuen, allgemein nutzbaren und meist unmoderierten Interaktionsraum für Hassrede. Die Möglichkeiten der Sicherheitsbehörden seien wie das Strafrecht hier eingeschränkt, dennoch würden Online-Hasspostings konsequent auf Strafrechtsrelevanz überprüft, speziell in Formaten wie Facebook oder Twitter. „Der Tatort Internet gewinnt immer mehr Bedeutung“, auch bei der Bevölkerung, das zeige die vermehrte Kontaktaufnahme mit der Meldestelle für Rechtsextremismus.

„Kinderrechte sind Menschenrechte“, betonte Kinder- und Jugendanwältin Schiffrer-Barac im Rahmen ihrer Rede im ersten Panel der Bundesrats-Enquete. Viele Minderjährige wüssten nicht, dass ihr Recht auf freie Meinungsäußerung durch menschenrechtliche Normen eingeschränkt ist – das zeige sich häufig bei ihrer

*„Menschen müssen sich
zur Zivilcourage
angesprochen fühlen.“*

Willi Mernyi

Nutzung sozialer Medien. Aufklärungsarbeit an Schulen und in anderen Einrichtungen sei daher essentiell, um das Unrechtsbewusstsein zu fördern, gerade auch in Altersgruppen, die noch kein eigenes Handy besitzen.

„Opfer von Hasspostings und Cybergewalt haben dieselben Bedürfnisse wie Opfer von sonstigen Straftaten und psychischer Gewalt“, hielt Barbara Unterlerchner, Juristin beim Weissen Ring, in ihrer Rede fest. Konkret seien dies Anerkennung für das erlittene Unrecht und Respekt, Wiedergutmachung, Schutz vor weiteren Übergriffen, Sicherheit im Umgang mit dem Netz und eine schonende Behandlung durch Strafverfolgungsbehörden und ihres soziales Umfeld. Vor allem bräuchten sie Information darüber, welche rechtlichen und praktischen Möglichkeiten ihnen nach der Tat zustünden.

Großen Handlungsbedarf für eine Strafrechtsreform gegen Hate Speech im Internet ortet Rechtsanwältin Windhager. Beispielsweise brauche es einen wirksamen Rechtsschutz im Zusammenhang mit Cybermobbing – gerade wenn internationale Unternehmen wie Facebook als Plattform die nationale Rechtslage negier-

ten und problematische Inhalte nur sperrten, nicht aber löschen wollten. „Hier darf die Politik nicht zusehen“. Hinsichtlich des Rechtsschutzes führte sie Elemente des Persönlichkeitsschutzrechts als weitere Hürde ins Treffen. So könne die Staatsanwaltschaft persönlichkeitsrechtliche Tatbestände wie üble Nachrede und Beschimpfung nicht verfolgen, wodurch Betroffene ihr Recht auf eigenes Kostenrisiko durchsetzen müssten.

Strafrechtsexpertin Karin Bruckmüller betonte im ersten Panel der Enquete, dass das Internet kein strafrechtsfreier Raum sei. Sie sah demnach aktuell keinen Bedarf an einem weiteren strafrechtlichen Tatbestand im Zusammenhang mit Hasspostings. „Nur weil ein Verhalten unter Strafe gestellt wird, führt dies nicht automatisch zu einem Rückgang derartiger Verhaltensweisen.“ Nötig sei jedoch, die bestehende Rechtslage effektiver umzusetzen und die Aufklärungsrate zu steigern, wobei das Strafrecht hier an seine Grenzen stoße. Grundsätzlich bildeten aber in ihren Augen präventiv bewusstmachende Maßnahmen gegenüber potentiellen TäterInnen und den plattformbetreibenden IT-Firmen ein besseres Mittel für den Opferschutz.

Panel II: Praxis in den Medien

Österreichs ProviderInnen könnten Probleme der Offlinewelt, die online sichtbar werden, nicht alleine lösen, was es daher brauche, sei ein ganzheitlicherer Ansatz, sagte Maximilian Schubert, Generalsekretär von Internet Service Providers Austria (ISPA), zum Beginn des zweiten Panels der Bundesrats-Enquete. Das Netz sei an sich ein neutrales Medium, das von einer kleinen Gruppe von Menschen missbraucht werde. Dennoch stand für Schubert fest: „Das Internet ist eine einmalige Erfolgsgeschichte“, Menschen, die gezielt Hass verbreiteten, seien die Ausnahme.

Social-Media-Expertin Judith Denkmayr machte in ihrem Beitrag klar, dass ein zentraler Punkt zur Lösung des Problems eine neue Debattenkultur sei: „Jeder von uns ist ein Medium. Wir sind meinungsstark, aber diskussionsschwach geworden.“ Für sie könnte das Problem durch klare Prozesse sowie klare Verantwortlichkeiten gelöst werden. Wesentlich sei die zentrale Information für die Menschen, an wen sie sich etwa im Fall eines Hassvideos wenden können. Eine übergreifende Zusammenarbeit würde bisher fehlen, der „Schwarze Peter“ fälschlicherweise allein den Social-Media-Plattformen zugeschoben.

Die Kommunikationswissenschaftlerin der Uni Wien, Irmgard Wetzstein, stellte in ihrer Rede klar, dass Hassbotschaften gegen bestimmte Gruppen sich auch im alltäglichen Handeln und im gesellschaftlichen Zusammenleben fortschreiben würden. Deshalb sei eine Trennung in eine Online- und in eine Offlinewelt kaum noch sinnvoll. Digitale Courage brauche aus ihrer Sicht mehr als den Fokus darauf,

wie ein Medium funktioniert. Gefordert sah sie deshalb die Gesellschaft als Ganzes, insbesondere aber ein gemeinsames Vorgehen gegen Hasskultur im Netz durch Institutionen und Organisationen auf nationaler und europäischer Ebene, NGOs und zivilgesellschaftliche Initiativen, Schulen, Behörden und Forschungseinrichtungen. Über den Wert konstruktiver Online-Debatten sprach Christian Burger, Community Manager bei derStandard.at. Seine Aufgabe sei es, ein Umfeld zu bieten, in dem alle, die etwas Relevantes zu sagen haben, gerne partizipieren und mitdiskutieren, ferner das Ziel zu verfolgen, Inhalte zu erzeugen, die qualitativ und mintunter unterhaltsam sind, sowie sicherzustellen, dass ein inhaltlicher Mehrwert geschaffen werde. Die Kommentarfunktionen nach Onlineartikel abzuschalten hielt er in der Debatte daher für einen falschen Schritt. Aus diesem Grund stehe bei derStandard.at in Onlinedebatten die aktivierende Moderation im Fokus, indem UserInnen beispielsweise nach Lösungsvorschlägen für eine aktuelle politische Situation gefragt würden.

„Aktiv für demokratische Kultur und Menschenwürde eintreten.“

Johannes Baldauf

Maastricht, Kai Jonas. „Wir stehen mit der digitalen Courage ganz am Anfang“, so die Bestandsaufnahme des Sozialpsychologen. Wesentlich war für Jonas auch der Aspekt des Medienwechsels. Das bedeutet, dass eine Reaktion auf eine Hassbotschaft nicht zwangsläufig im selben Medium stattfinden muss wie die Originalbotschaft. Daher erachte es der Sozialpsychologe als wesentlich, dass Menschen lernen, offline darüber zu sprechen, was online mit ihnen passiert. Jonas plädierte aus diesem Grund insbesondere für Medientrainings zu digitaler Courage sowie Beratungsstellen für BürgerInnen.

Alle Unterlagen zur Bundesrats-Initiative digitale Courage sind dauerhaft auf der Website des Österreichischen Parlaments einsehbar: <https://www.parlament.gv.at/PAKT/AKT/SCHLTHEM/SCHLAG/J2016/239EnqueteZivilcourage.shtml>

Abschlussreferate „Mehr digitale Zivilcourage“

„Zivilcourage kann nur stattfinden, wenn es auch Menschen gibt, die für eine demokratische Kultur und Menschenwürde aktiv eintreten“, lautete das Postulat von Johannes Baldauf von der Amadeu Antonio Stiftung Berlin am Ende der Bundesrats-Enquete. Ein Allheilmittel gegen Hasspostings sah er daher nicht in strengeren Gesetzen. „Machen wir uns keine Illusionen: Kein Gesetz und keine Klage gegen Facebook, Google und Co. wird unser Problem lösen“, so Baldauf, am Ende müssten die BürgerInnen und NutzerInnen selbst gestalten und aushandeln, welche demokratischen Werte zählen würden.

Barbara Kaufmann, freie Journalistin und Filmemacherin, stand in ihrer Abschlussrede dafür ein, mehr mit jenen zu sprechen, die Hass im Netz verbreiten. Würde man das nämlich tun, wie beispielsweise der Journalist Florian Klenk, zeige sich stets ein ähnliches Bild: Die überwiegende Mehrheit jener, die Hass im Netz verbreiten, hätte oftmals kein Bewusstsein dafür, wie öffentlich sie das tut. Dass Hass oftmals zur Normalität geworden ist, erklärt sich Kaufmann unter anderem dadurch, dass provokative, aggressive Stimmen im Netz mehr Aufmerksamkeit bekämen, vor allem aber auch, weil Hass gegen den anderen mittlerweile zum politischen Alltag gehöre. Dass digitale Courage innerhalb und außerhalb der Onlinemedien und plattformunabhängig stattfinden müsse, darüber informierte der Sozialpsychologe und Zivilcourage-Forscher von der Universität



Freie Journalistin und Filmemacherin Barbara Kaufmann
© Parlamentsdirektion/Raimund Appel

Die Zukunft der Pflege: Schaffbar, sichtbar, leistbar

Sonja Ledl-Rossmann hat ihre Präsidentschaft dem Thema Pflege gewidmet. Als Frau vom Fach kennt die ehemalige Leiterin eines Pflegeheims in ihrem Heimatbezirk Reutte in Tirol die Herausforderungen ebenso wie die Potenziale zur Optimierung und Qualitätssteigerung.

So lag auch der inhaltliche Schwerpunkt im ersten Halbjahr 2017 klar auf der Hand: die Pflege von Menschen, die auf die Hilfe anderer angewiesen sind. Und die Hilfe für Pflegenden, die bei der Bewältigung dieser Aufgabe selbst Hilfe brauchen. „Denn noch immer werden viele Menschen auf diesem Weg allein gelassen – sei es sozial, strukturell oder finanziell“, so Ledl-Rossmann.

Dabei ist die Pflege ein besonders vielschichtiges Thema, da es nicht zu Pflegenden selbst, sondern deren gesamtes soziales Umfeld betrifft. „Ich möchte mit meiner Arbeit einen kleinen Beitrag dazu leisten, dass Österreich menschlich bleibt. Dass wir jene nicht vergessen, die so vieles an Leistung erbracht, an Wissen gespeichert und an Liebe zum Leben zu geben haben. Dass Menschen, die zu Pflegenden werden, von möglichst allem befreit werden, das sie zusätzlich belastet. Dass Qualität und menschliche Wärme auch jenen zuteilwird, die es sich schwerer leisten können. Dass wir ehrlich und professionell agieren, wenn wir sehenden Auges auf einen notwendigen Systemwechsel hinsteuern. Diese Ehrlichkeit haben sich die Menschen in unserem Land verdient“, erklärte Ledl-Rossmann zu Beginn ihrer Präsidentschaft.

„Pflegen ist weit mehr als Versorgen. Es ist Kümmern, Wertschätzen und Lieben.“

Sonja Ledl-Rossmann

Die Zielsetzungen von Bundesratspräsidentin Sonja Ledl-Rossmann sind damit nicht nur fachlich und inhaltlich ausgerichtet, sondern sollen vor allem einen Beitrag zur gesamtgesellschaftlichen Verantwortung

„Situation der Pflege dort erfassen, wo sie täglich geleistet wird!“

Sonja Ledl-Rossmann

im Land leisten. „Dafür möchte ich ein Sprachrohr sein. Ich hoffe, gemeinsam mit möglichst vielen Menschen in unserem Land – seien es engagierte Menschen aus der Bevölkerung, Expertinnen und Experten sowie Politikerinnen und Politikern – nachhaltige Akzente setzen zu können. Damit qualitätsvolle, würdevolle und leistbare Pflege für alle Menschen, die diese brauchen, auch in Zukunft erhalten bleibt. In diesem Sinne hoffe ich, viele nachhaltige Impulse in diesem Halbjahr setzen zu können“, so Ledl-Rossmann, für die klar ist: „Pflegen ist weit mehr als Versorgen. Es ist Kümmern, Wertschätzen und Lieben.“

Für Sonja Ledl-Rossmann war es von Anfang an wichtig, strukturierte Akzente zu setzen und die künftige politische Arbeit an diesem Thema auf einer klaren und umfassenden Bestandsanalyse aufzubauen. Passend zu den drei Schwerpunktthemen „schaffbar, sichtbar und leistbar“ sollten drei inhaltliche Säulen dazu beitragen, neue Akzente zu setzen. Neben einer Tour durch alle Bundesländer waren dies auch die fachlich breit besetzte Parlamentarische Enquete sowie der Blick über die Grenzen ins europäische Ausland und auf Länder, die als beispielgebend im Bereich Pflege gelten.

Quer durch Österreich innovative Modelle

Mit Anfang April startete Bundesratspräsidentin Sonja Ledl-Rossmann ihre Tour durch die Bundesländer. Gleichlautend mit dem Schwerpunkt ihrer Präsidentschaft war auch hier der Titel „Die Zukunft der Pflege: Schaffbar, sichtbar, leistbar“.



Bei Zusammenreffen mit Betroffenen, regionalen und lokalen Politikerinnen und Politikern sowie Expertinnen und Experten verschaffte sich Ledl-Rossmann einen Überblick über die unterschiedlichen Pflegesituationen. „Auch wenn es bundesweite Rahmenbedingungen gibt, ist Pflege doch immer etwas sehr Lokales, egal ob diese nun in institutioneller Form, in medizinischen Einrichtungen oder zu Hause geleistet wird“, so Ledl-Rossmann. Von ihrer Pflgetour erhofft sich die Bundesratspräsidentin nicht nur wichtige Rückmeldungen für die weitere politische Arbeit, sondern zugleich auch Einblicke in regionale Denk- und Lösungsansätze. „Immer wieder entstehen quer durch Österreich innovative Modelle, die Potenziale für andere aufzeigen und vor den Vorhang geholt werden sollen“, betont sie.

Demographischer Wandel – Große Herausforderung

Die Österreich-Tour bot die Möglichkeit, mit möglichst vielen Betroffenen und in der Pflege tätigen Menschen in Kontakt zu treten. Dabei wurde auch die Vielfalt an Herausforderungen sichtbar, so wie bei einem Fachgespräch mit Oberösterreichs Landtagspräsident Viktor Sigl und Vertreterinnen und Vertretern der vier Landtagsklubs. Alle Gesprächsteilnehmerinnen und -teilnehmer waren sich einig, dass unter anderem aufgrund der sich verändernden Familienstrukturen und des Anstiegs von Demenzerkrankungen große Herausforderungen auf uns zukommen würden und dass man daher bei den Pflegemodellen eine gewisse Vielfalt zulassen müsse. Für Landtagspräsident Sigl, der auch als Vorstandsmitglied im Sozialhilfverband Perg



Impulsreferat von BR-Präsidentin Sonja Ledl-Rossmann © Parlamentsdirektion/Thomas Topf

intensiv mit dem Thema Pflege befasst ist, stellt neben der Entlastung der pflegenden Angehörigen auch die Begleitung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Pflegeeinrichtungen und bei den mobilen Diensten eine zentrale Aufgabe dar. „Wir müssen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit vielfältigen Angeboten begleiten, damit diese physisch und psychisch ein ganzes Berufsleben für ihren Job in der Altenpflege und -betreuung gerüstet sind“, so Sigl.

Ledl-Rossmann machte bei der bundesweiten Pfl egetour unter anderem auch bei Vorarlbergs Landeshauptmann Markus Wallner und in Salzburg halt. Dort diskutierte sie mit Landtagspräsidentin Brigitta Pallauf, Landesrat Heinrich Schellhorn und den Landtagsabgeordneten Daniela Gutschi, Barbara Sieberth und Friedrich Wiedermann zum Thema Pflege. Ledl-Rossmann holte sich dabei Anregungen dazu, was in den Regionen für die Pflege zu tun ist. „Der demografische Wandel hin zu einer immer älter werdenden Gesellschaft stellt besonders den Pflegebereich vor große Herausforderungen“, so die Landtagspräsidentin weiter. „Die Pflege wird als Dienst am Menschen in den kommenden Jahren enorm an Bedeutung gewinnen. Das schafft auch Herausforderungen für die Ausbildung der Pflegekräfte. Die Pflegerinnen und Pfleger, die 24-Stunden-Betreuerinnen und -Betreuer sowie vor allem die pflegenden Angehörigen leisten Großartiges. Die Politik muss ihr Möglichstes tun, die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen.“

Pflege-Enquete: Ledl-Rossmann fordert gemeinsamen Schulterschluss

Rege Teilnahme und intensive Diskussionen prägten die parlamentarische Enquete „Die Zukunft der Pflege: Schaffbar, sichtbar, leistbar“ Anfang April. Im ersten Teil der Debatte nahmen die MinisterInnen Alois Stöger, Hans Jörg Schelling und Pamela Rendi-Wagner sowie der Tiroler Landesrat Bernhard Tilg aus der Sicht ihrer Ressorts zum Thema Pflege Stellung. Auf der Agenda standen zudem noch Impulsreferate von Volksanwalt Günther Kräuter, Caritas-Präsident Michael Landau, dem EcoAustria-Vorstand Tobias Thomas und von Ursula Frohner, der Präsidentin des Österreichischen Gesundheits- und Krankenpflegeverbands. Am Nachmittag lag der Fokus auf der Praxis der Pflege, wobei vor allem VertreterInnen von NGOs sowie Betroffene zu Wort kamen.

Obwohl das Thema Pflege so viele Menschen betrifft, werden die Bedürfnisse und Nöte der Betroffenen und ihrer Angehörigen, die ein Schattendasein in unserer Gesellschaft führen, sehr oft nicht ausreichend gewürdigt, stellte Bundesratspräsidentin Sonja Ledl-Rossmann fest. Genau aus diesem Grund finde heute eine Enquete statt, in deren Rahmen die mit

„Die Pflege hat sich ein Maximum an Sachpolitik und Minimum an Parteipolitik verdient!“

Sonja Ledl-Rossmann

dem Pflegebereich verbundenen Fragestellungen und Herausforderungen ehrlich und offen erörtert werden sollen. Es gehe dabei um medizinische, pflegerische, finanzielle, psychologische, weltanschauliche, aber vor allem um zwischenmenschliche Aspekte, hob Ledl-Rossmann hervor. Die Politik müsse gerade jenen



Menschen, die sich in schwierigen Lebenssituationen befinden, deutlich vermitteln, dass sie nicht allein gelassen werden. Aus diesem Grund werde sie sich auch nach ihrer Vorsitzzeit intensiv in dieser Sache engagieren, versprach die BR-Präsidentin.

Pflegegeld und Eigenregress

Österreich könne auf sein Pflegesystem, für das im Jahr 1993 durch eine Artikel-15a-Vereinbarung die Basis geschaffen wurde, stolz sein, konstatierte Sozialminister Alois Stöger. Die Einführung des Pflegegeldes, das derzeit 450.000 Personen beziehen, sei ein sozialpolitischer Meilenstein gewesen. Im Jahr 2011 kam es zu einer entscheidenden Weiterentwicklung, erinnerte der Minister. Bund und

„Aus der Fülle an wichtigen Inhalten soll ein überparteiliches Arbeitsprogramm werden!“

Sonja Ledl-Rossmann

Länder hätten sich nämlich auf die Einrichtung eines Pflegefonds geeinigt, dessen Finanzierung bis 2021 gesichert sei. Da sich der Anteil der Pflegekosten am BIP seit 1993 nur geringfügig erhöht habe, könne von einem Pflegenotstand überhaupt keine Rede sein. Stöger sprach sich vielmehr dafür aus, das Pflegegeld jährlich



Blick auf das Präsidium der Enquete © Parlamentsdirektion/Thomas Topf

zu erhöhen und den Pflegeregress abzuschießen. Nach Ansicht von Stöger sei der Staat verpflichtet, ein umfassendes, solidarisch finanziertes System zur Verfügung zu stellen, das den Betroffenen die höchstmögliche Menschenwürde garantiert, die Angehörigen unterstützt und auf zukünftige Herausforderungen reagiere.

Kreative Lösungen bei Finanzierung und Betreuung

Die langfristige Absicherung des Pflegesystems, das sich rechtzeitig auf den demographischen Wandel einstellen muss, stand für Finanzminister Hans Jörg Schelling im Vordergrund der Diskussion. Da die Menschen nicht nur älter würden, sondern sich auch die Familienstrukturen änderten, brauche es ein breites Betreuungsangebot, eine bessere Vernetzung von ambulantem und stationärem Bereich sowie eine Bündelung der Strukturen. Kreative Lösungen seien daher gefragt, unterstrich der Minister, und zwar auch, was die Finanzierung betrifft. Spätestens ab 2020 sollten Entscheidungen darüber getroffen werden, welche Finanzierungsmodelle den enormen Herausforderungen am besten gerecht würden. Was es seiner Meinung nach jedenfalls brauche, sei mehr Transparenz und weniger Bürokratie. Über all diese Fragen sollte eine offene und ideologiefreie Debatte geführt werden, forderte er.

Höhere Qualität in der Ausbildung und Umsetzung der Primärversorgung

„Nur wenn wir gemeinsam dieses Thema vorantreiben“, werde es zu weiteren Verbesserungen kommen, war Gesundheitsministerin Pamela Rendi-Wagner überzeugt. Was ihr Ressort betrifft, so habe man mit der Novelle zum Gesundheits- und Krankenpflegegesetz im Sommer 2016 einen wichtigen Schritt gesetzt, weil dabei eine signifikante Erhöhung der Ausbildungsqualität erreicht wurde. Damit verbunden wären nicht nur eine Attraktivierung und Aufwertung des Berufsbildes, sondern auch eine bessere Durchlässigkeit. Durch die Akademisierung erwartet sich Rendi-Wagner zudem bessere Karrierechancen für Frauen. Bei der sich gerade in Umsetzung befindlichen Primärversorgung Neu, die auf Teamwork und Interdisziplinarität setze, stelle der Pflegebereich eine ganz wichtige Säule dar, merkte die Ministerin weiters an. Damit die Menschen nicht nur an Jahren älter würden, sondern dabei auch möglichst lange gesund blieben, sollten vor allem Prävention und Gesundheitsförderung gezielt ausgebaut werden.

Integrierte Versorgungskonzepte, wohnortnahe Betreuung und Ausbau des ambulanten Bereichs

Der Tiroler Landesrat Bernhard Tilg ging zunächst auf die zahlreichen Herausforderungen ein, die von der starken Zunahme an Singlehaushalten (2016: 1,5

Millionen) über die Abwanderung aus dem ländlichen Raum, dem HausärztInnenmangel insbesondere in Randgebieten bis hin zum Anstieg an chronischen Krankheiten reichen. Diese Probleme könnten natürlich nur mit einem Bündel an Maßnahmen gelöst werden, wobei für ihn vor allem integrierte Versorgungskonzepte erforderlich seien. 75 Prozent aller PflegegeldbezieherInnen würden zu Hause betreut, und zwar meist von nahen Angehörigen, zeigte Tilg auf. In Zukunft werde daher auch die Primärversorgung eine bedeutende Rolle spielen, da der ambulante Sektor gestärkt und mobile Leistungen oder die 24-Stunden-Pflege weiter ausgebaut werden müssten. Weiters wünschte er sich noch ein gut funktionierendes Entlassungsmanagement, eine laufende Anpassung des Pflegegelds, eine ausreichende Unterstützung der Angehörigen sowie eine Stärkung des Ehrenamts.

Diverse Vorschläge zur finanziellen Absicherung des Pflegesystems

In der ersten Diskussionsrunde wurde vor allem das Thema Finanzierung angesprochen. Der Präsident des Bundesverbandes der Alten- und Pflegeheime Österreichs, Markus Mattersberger, gab zu bedenken, dass das neue Gesundheits- und Krankenpflegegesetz nicht nur Vorteile, sondern auch Gefahren mit sich bringe. Man müsse nämlich achtgeben, dass die Intentionen nicht ins Gegenteil umschlagen; es dürfe nicht auf Billiglösungen gesetzt werden. Generell fehle ihm eine politische Vision, zumal es im Jahr 2050 rund 1,25 Millionen ältere Menschen geben werde. Auch der Sozialsprecher der ÖVP, August Wöginger, trat angesichts der demographischen Entwicklungen für nachhaltige Lösungen ein. Ohne Zweifel brauche es aber auch mehr Geld, um etwa die Valorisierung des Pflegegelds zu finanzieren. Außerdem regte er an, dass Best-Practice-Beispiele im Bereich Pflege vor den Vorhang geholt werden. Die oberösterreichische Landtagsabgeordnete Gisela Peutlberger-Naderer verteidigte das bestehende solidarisch finanzierte System und drängte auf eine Umsetzung der Finanztransaktionssteuer. Unter dem Gesichtspunkt der Verteilungsgerechtigkeit sprach sich Bundesrätin Renate Anderl für die Abschaffung des Eigenregresses in der Pflege aus. Durch ein „unsägliches Wirrwarr“ an Kompetenzen und Zuständigkeiten verschwänden Unsummen an Geldern, gab Hilde Kössler (Österreichische Palliativgesellschaft) zu bedenken; kreative Lösungen seien daher gefragt.

Neue Angebote im ambulanten und stationären Bereich

Am Rande der Enquete sprach sich Bundesratspräsidentin Sonja Ledl-Rossmann für die weitere intensive Auseinandersetzung mit dem Thema aus. „Auch wenn der Pflegefonds bis 2021 verlängert wurde:

Man darf hier nicht bis zum letzten Moment warten, sondern muss bereits jetzt eine fachliche Diskussion führen“, so Ledl-Rossmann. Abseits der Frage nach dem besten Modell einer zukünftigen Finanzierung müsse es darum gehen, bestehende Strukturen genau zu prüfen. „Es wäre ein großer Fehler, ein neues Finanzierungsmodell über ein altes Pflegesystem zu stützen“, betonte die Bundesratspräsidentin.

Ledl-Rossmann drängt daher darauf, sich intensiv jenen Aspekten zu widmen, die im Rahmen der Enquete thematisiert wurden. Hierzu zählt vor allem die künftige Angebotsentwicklung im ambulanten und stationären Bereich, die Ausweitung flexibler Modelle wie jenes der Kurzzeitpflege und neue Wohn- und Betreuungsformen. Weiters ortet Ledl-Rossmann unverändert bestehende bürokratische Hürden und Informationsdefizite. „Der Politik muss es gelingen,

der stets betonten Wichtigkeit des Themas auch ein Gesicht zu geben. In diesem Sinne sehe ich die Menge an Impulsen, Anregungen und Kritik im Rahmen der heutigen Enquete auch als Auftrag“, bekräftigte

*„Von den Besten lernen,
selber besser werden!“*

Sonja Ledl-Rossmann

Ledl-Rossmann, die darauf setzt, dass das Ergebnis „eine Art überparteiliches Arbeitsprogramm für die Zukunft der Pflege“ sein soll. „Schließlich braucht es gerade hier das Zusammenwirken zahlreicher Ebenen: von der Landes- und Bundespolitik über die Experten- und Praxisebene bis hin zu den Betroffenen.“



Finanzminister Hans Jörg Schelling © Parlamentsdirektion/Thomas Topf

Feierliche Verabschiedung von Bundespräsident Heinz Fischer

Am 8. Juli 2016 wurde Heinz Fischer nach Vollendung einer zwölf Jahre währenden Amtszeit im Rahmen einer gemeinsamen Festsitzung als Bundespräsident feierlich verabschiedet. Bundesratspräsident Mario Lindner hielt dabei folgende Rede.

Hochverehrter Herr Bundespräsident! Geschätzte Festgäste! Heinz Fischer hat mich als junger Mann sehr geprägt. Mit ihm verbinde ich die ersten Schritte meiner politischen Laufbahn. Als Präsident des Bundesrates ist es für mich eine große Ehre, sein politisches Wirken heute würdigen zu dürfen.

Was verbindet mich mit Heinz Fischer? – Als Du, sehr geehrter Herr Bundespräsident, lieber Heinz, dich 2004 zum ersten Mal der Wahl zum Bundespräsidenten gestellt hast, durfte ich, als damaliger Bundesjugendsekretär der FSG, in Deinem Jugendwahlkampf mitarbeiten. Mit dieser Zeit verbinde ich bis heute viele persönliche Begegnungen mit Menschen im ganzen Land. Sehr viele von ihnen teilten meine Begeisterung und meinen Glauben an Dich. Umso schöner war es dann, dass dieser Wahlkampf erfolgreich war und Du anschließend für zwölf Jahre unser Bundespräsident warst.

Geschätzter Herr Bundespräsident! Vor genau einer Woche war ich als 24. Bundesratspräsident zum Antrittsbesuch bei Dir zu Gast. Mit den Bundesländern verbindet Dich viel: Du wurdest in Graz geboren.

*„Heinz Fischer wird uns
allen auch in Zukunft
Vorbild sein.“*

Mario Lindner

Deine Eltern stammen aus Niederösterreich. Deine jungen Jahre hast du im Burgenland, in Wien und in Innsbruck verbracht.

Diese Verbundenheit mit den Bundesländern hat auch Deine Amtszeit als Bundespräsident geprägt. In den letzten zwölf Jahren warst Du, sehr geehrter Herr

Bundespräsident, in jedem Bezirk unserer Republik zu Gast. Allein in meinem Heimatland, der Steiermark, hast Du 99 offizielle Termine absolviert. Bei all Deinen Besuchen ist es Dir mit Deiner herzlichen Art gelungen, die Menschen um Dich herum zu begeistern – mit Selfies, mit spontanen Umarmungen oder sogar mit Fallschirmsprüngen.

*„Wir wollen eine Politik
der Hoffnung gestalten.“*

Mario Lindner

Du, sehr geehrter Herr Bundespräsident, hast stets das Gemeinsame vor das Trennende gestellt. Dadurch ist es Dir gelungen, Brücken zwischen scheinbar unversöhnlichen Positionen zu bauen. Das ist das Wesen der Demokratie – und genau das ist es, das vielen von uns heute in der Politik fehlt. In Anlehnung an die klare Aussage unseres Bundeskanzlers Christian Kern wollen wir keine Politik der Angst, sondern eine Politik der Hoffnung gestalten. Dafür müssen wir als Politikerinnen und Politiker gemeinsam arbeiten. Und genau darin wirst Du, lieber Heinz Fischer, für uns alle auch in Zukunft Vorbild sein.

Sehr geehrte Festgäste! Es ist dieses Aufeinanderzugehen, das die Politik von Heinz Fischer auszeichnet. Aber nicht nur das: Als Bundespräsident hat uns Heinz Fischer auch eine Eigenschaft vorgelebt, die in unserer hektischen Welt oft zu kurz kommt: den Willen zum ausführlichen Nachdenkprozess, die Besonnenheit, Worte nicht als Waffe zu verwenden, die Bereitschaft, den eigenen Standpunkt sachlich darzulegen – manchmal auch in Erwartung eines Widerspruchs. Und nicht zuletzt das Bekenntnis zur Diskussion. Denn erst an deren Ende kann ein wirkliches Urteil gefällt werden.





Es ist diese demokratische Standhaftigkeit, dieser Respekt für Dein Gegenüber und diese Ablehnung absoluter Wahrheiten, an der sich Deine Nachfolger – und so hoffe ich auch, Nachfolgerinnen – messen lassen müssen.

Geschätzter Herr Bundespräsident! Liebe Festgäste! Eine Würdigung Deiner politischen Verdienste kann niemals vollständig sein, ohne einen Blick auf Deinen persönlichen Lebensweg zu werfen. Schon in der Schule und auf der Universität warst Du politisch aktiv. Gemeinsam mit anderen, darunter Deinem Freund Ferdinand Lacina, hast Du die rechtsextremen Aussagen eines damaligen Universitätsprofessors publik gemacht. Genau diese Etappe Deines Lebens verdient besondere Aufmerksamkeit. Denn damals

„Du warst einer der Ersten, die Zeit des Nationalsozialismus aktiv aufzuarbeiten.“

Mario Lindner

warst Du einer der Ersten, der Schritte gesetzt hat, um die Zeit des Nationalsozialismus aktiv aufzuarbeiten. Viel später konntest Du, sehr geehrter Herr Bundespräsident, diese Arbeit dann als erster Vorsitzender des Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus fortset-



Ansprache von Bundesratspräsident Mario Lindner © Parlamentsdirektion/Thomas Jantzen

VERABSCHIEDUNG BUNDESPRÄSIDENT HEINZ FISCHER

zen. Damit hast Du auf eindrucksvolle Weise zur kritischen Aufarbeitung unserer Geschichte beigetragen. In dieser Funktion hast Du den Opfern von Gewalt, Terror und Faschismus die Hand gereicht – als Geste der Versöhnung und Zeichen der Verantwortung.

Lieber Herr Bundespräsident! Wir würdigen Dich heute an einem Ort, dem Du in vielerlei Hinsicht verbunden bist. Dein Weg im Parlament begann

*„Deine Überzeugungen
und Dein tiefer Glaube
an unsere Demokratie
machen Dich zu einem
Vorbild – für uns, für
unsere Jugend und für
kommende Generationen.“*

Mario Lindner

1962 als Klubsekretär der SPÖ. Später warst Du hier als Abgeordneter, Klubobmann und Wissenschaftsminister tätig. Zwischen 1990 und 2002 bist Du dann als Präsident des Nationalrates an der Spitze des Hohen Hauses gestanden.

Das Parlament steht im Zentrum unserer Demokratie. Ich bin davon überzeugt, dass es Orte wie diesen braucht, um den demokratischen Grundkonsens unserer Republik greifbar zu machen. Ich glaube aber auch, dass unsere Republik Persönlichkeiten braucht, die für uns Ankerpunkte unserer Demokratie sind, die uns durch ihr Handeln beeindrucken, die uns durch ihr Engagement und ihre Überzeugungen anregen, die uns Demokratie erfahr- und erlebbar machen.

Für mich, für uns alle, bist Du, sehr geehrter Herr Bundespräsident, lieber Heinz Fischer, ein solcher Mensch. Deine Haltungen, Deine Überzeugungen, Deine Zugänglichkeit und Dein tiefer Glaube an unsere Demokratie machen Dich zu einem Vorbild – für uns, für unsere Jugend und für kommende Generationen.

Geschätzte Festgäste! Wir verneigen uns heute nicht nur vor einem großen Staatsmann der Zweiten Republik. Wir verneigen uns heute vor allem vor einem Demokraten, der uns den Wert und die Notwendigkeit von Demokratie immer wieder nahegebracht hat. Immer wieder aufs Neue durchdacht und immer wieder aus der Überzeugung heraus, Menschen zu verbinden. Sehr geschätzter Herr Bundespräsident, lieber Heinz! Dafür danken wir Dir von ganzem Herzen. *(Anhaltender Beifall.)*





Verabschiedung Heinz Fischers im historischen Sitzungssaal © Parlamentsdirektion/Thomas Jantzen

Bundesversammlung nimmt Amtseid des Bundespräsidenten entgegen

Am 26. Jänner 2017 wurde von der 18. Bundesversammlung Alexander Van der Bellen als neuer Bundespräsident der Republik Österreich angelobt. Von Bundesratspräsidentin Sonja Ledl-Rossmann wurde dabei folgende Rede gehalten.

Sehr geehrter Herr Bundespräsident! Hohe Bundesversammlung! Es ist mir ein Bedürfnis, meine Rede mit einem Dank zu beginnen – einem Dank an drei Personen, die in einer echten Ausnahmesituation durch ihre Professionalität und in gemeinsamer Verantwortung für Stabilität gesorgt haben.

Sehr geehrte Frau Präsidentin Doris Bures! Sehr geehrte Herren Präsidenten Karlheinz Kopf und Norbert Hofer: Für die verlässliche und auch unaufgeregte Ausübung der Geschäfte in den vergangenen Monaten gilt Ihnen mein besonderer Dank! *(Beifall.)*

Genau diese Ausnahmesituation ist für mich auch einer der prägendsten Momente des vergangenen Jahres, wenn nicht sogar weit darüber hinaus. Denn wenn ein Ereignis die Herausforderungen unserer

*„Es braucht Orientierung,
Sicherheit und die
Auseinandersetzung mit
den Bedürfnissen der
Menschen.“*

Sonja Ledl-Rossmann

Zeit widerspiegelt, dann mag dies auch die vergangene Wahlauseinandersetzung sein. Sie hat vieles sichtbar gemacht, was zuvor bereits spürbar war. Sie hat manches aufbrechen lassen, was zuvor vielleicht verdeckt war.

Denn ja, es gibt sie: die Unsicherheit, wie es weitergeht; die Sorge vor Bedrohungen, die immer näher erscheinen; die Überforderung mit den Entwicklungen einer

Zeit, die schneller voranzuschreiten scheint als jemals zuvor. Gerade jetzt braucht es Orientierung, Sicherheit und die verantwortungsvolle Auseinandersetzung mit jenen Bedürfnissen der Menschen, die wesentlich für ein erfülltes Leben und damit auch für die

*„Politik soll Chancen
eröffnen, Perspektiven auf-
zeigen und Lebensmodelle
lebbar machen.“*

Sonja Ledl-Rossmann

Zukunft unseres Landes sind. Und umso vielfältiger unser Leben wird, umso komplexer werden auch die Fragen: Arbeit und Beschäftigung, Familie, Pflege, Zuwanderung, Sicherheit und Digitalisierung. Die Einwirkungen auf unser tägliches Leben nehmen zu, die für alle Menschen gültigen Antworten nehmen ab.

Und genau hier soll die Politik eine verlässliche Begleiterin sein. Sie soll nicht in die Vielfalt des Lebens eingreifen, sondern sie fördern. Sie soll die Spielregeln definieren, sie muss dafür aber nicht selbst am Platz stehen. Sie soll Chancen eröffnen, Perspektiven aufzeigen und Lebensmodelle lebbar machen. Und sie soll dabei – und dies mag wirklich ein dringliches Zeichen unserer Zeit sein – mit aller Konsequenz die Grundpfeiler unserer Demokratie und damit die Basis unseres Zusammenlebens schützen. Das alles ist nicht einfach, aber auch nicht unmöglich. Eines ist für mich unverrückbar: Angst kann nicht der Antrieb für die Gestaltung Österreichs sein. Schon immer waren es Wagemut, Erfindergeist, Exzellenz und Leistungsbereitschaft, die in Österreich Großes entstehen ließen. Das soll auch in Zukunft so sein:



BR-Präsidentin Sonja Ledl-Rossmann spricht im Rahmen der Bunderversammlung © Parlamentsdirektion/Johannes Zinner

ANGELOBUNG BUNDESPRÄSIDENT



Die vollzählig anwesende Bundesregierung auf der Regierungsbank © Parlamentsdirektion/Thomas Topf



in einer Zukunft, die wir nicht alleine schreiben, sondern als Teil der Region Europa, als Teil eines größeren Ganzen. Gerade daher müssen wir uns auf jene Stärken verlassen, die unser Land stets ausgezeichnet haben: ein Land, das die Kraft aus seiner Vielfalt schöpft und dabei dennoch immer eins geblieben ist; ein Land, das imstande ist, aus dem Herzen Europas heraus vieles zu bewegen und Brücken zu schlagen; ein Land, das gelernt hat, das Gute zu bewahren und dabei auch Neues zu wagen; ein Land, das lebenswert ist, weil Solidarität und Verantwortung gelebte Werte sind. Auf dieser Energie gilt es aufzubauen. Es gilt, den Menschen Sicherheit zu geben, denn nur wer auf sicheren Füßen steht, kann sich auch entfalten. Ich bin davon überzeugt, dass aus dem individuellen Gefühl der Sicherheit auch in Zukunft ein gemeinsamer Ort der Zuversicht, der Gestaltungsfreude und des gelingenden Zusammenlebens wird – ein Ort namens Österreich. (Beifall.)

Denn der Zusammenhalt steht uns einfach besser zu Gesicht als das Gegeneinander! Das muss auch das

*„Nach erfolgter Wahl
braucht es nun die Kraft
des Gemeinsamen.“*

Sonja Ledl-Rossmann

Leitmotiv nach der erfolgten Wahl des Bundespräsidenten sein: Nach dem Kampf der Worte braucht es nun die Kraft des Gemeinsamen.

Dabei muss gemeinsam nicht immer gleich bedeuten. Und nicht jede Meinungsverschiedenheit ist gleich eine gesellschaftliche Spaltung. Es braucht aber ein gemeinsames Verständnis dafür, dass Österreich die Dinge mit Zuversicht anpackt, dabei zugleich mit Feingefühl das Schützenswerte bewahrt und seinen Teil dazu beiträgt, dass auch unser gemeinsames Europa weiterhin ein Modell mit Zukunft ist. (Beifall.)

Der Bundespräsident soll das personifizierte Abbild dieses Österreich sein:

positiv, verbindend, besonnen und gerne auch mit einer angemessenen Portion Patriotismus. Er soll wachsam nach innen wirken – in aller Behutsamkeit. Er soll vernetzend und werbend nach außen wirken – mit voller Energie. Er soll die Stärken unseres Landes sichtbar machen – in all ihrer Vielfalt. Er soll ein verlässlicher Partner der Menschen in unserem Land sein – in jeder Situation. Und er soll ein Präsident voller Zuversicht sein – für alle.

Denn was gibt es Schöneres, als gerade für dieses Land in einer solch verantwortungsvollen Rolle tätig zu

*„Der Bundespräsident
soll die Stärken unseres
Landes sichtbar machen.“*

Sonja Ledl-Rossmann

sein? – Ein Land, das Millionen von Gästen aus der ganzen Welt Jahr für Jahr begeistert; bunt und vielseitig; innovativ, kreativ und selbstbewusst; natürlich, qualitativ und traditionsbewusst; ein Land, das wandelbar ist, immer wieder überrascht und dabei dennoch immer mit beiden Beinen am Boden steht; ein kleines Land voller großer Errungenschaften. (Beifall.)

Österreich hat es immer geschafft, durch Zusammenhalt und Konsens auch durch schwierige Zeiten zu steuern. In diesem Sinne ist es für uns auch nichts Neues, sich immer dann auf das Gemeinsame zu besinnen, wenn es die Zeiten erfordern. Dieses kollektive Bewusstsein, sich selbst zum Wohle aller zurückzunehmen, ist eine Eigenschaft, die heute mehr denn je an Bedeutung gewinnt. Mögen wir uns diese

österreichische Tradition erhalten und damit auch bestens für die Aufgaben der Zukunft vorbereitet sein!

Wenn wir schon von Traditionen sprechen: Vielleicht sind auch die eigenen Wurzeln, die Kaunertaler Tugenden, wichtige Begleiter durch diese Amtszeit, denn Bodenständigkeit, ein starkes Wertefundament, Pflege der eigenen Kultur und Stabilität können auch für diese Aufgabe wertvolle Orientierung geben. Zudem schafft ja auch die Sicht von den Bergen den nötigen Weitblick und jene Offenheit, die das Amt in besonderem Maße erfordert und ihm somit ein typisch österreichisches Profil verleihen kann.

In diesem Sinne wünsche ich als Vorsitzende der Bundesversammlung und – es sei mir gestattet – auch von Tirolerin zu Tiroler Ihnen, sehr geehrter Herr Bundespräsident, und unserem Land für die Zukunft alles erdenklich Gute! (Anhaltender Beifall.)

Der Bundesrat wird weiblich – und das immer deutlicher

Man schrieb den 1. Dezember 1927. In den hehren Räumlichkeiten der Zweiten Kammer des österreichischen Parlaments ereignete sich eine kleine Sensation. Nur acht Jahre, nachdem Frauen in Österreich überhaupt erst das aktive Wahlrecht erhalten hatten, wurde eine Frau Vorsitzende des Bundesrates. Das Bundesland Steiermark hatte die 56-jährige Olga Rudel-Zeynek an die erste Stelle gesetzt und sie damit turnusgemäß zum Vorsitz berufen. Rudel-Zeynek, die 1932 ein zweites Mal dieses Amt bekleiden sollte, blieb in der Ersten Republik freilich ein Unikum.

Interessanterweise war es 1953, acht Jahre nach Kriegsende, abermals die Steiermark, die dem Bundesrat zu einem weiblichen Vorsitz verhalf. Johanna Bayer (1915–2000) war in jeder Hinsicht eine bemerkenswerte Person. 1937 hatte sie mit einer Arbeit über Milchwirtschaft zum „Doktor“ promoviert, zusätzlich erwarb sie noch den Titel eines „Diplomingenieurs“ – weibliche Titulendungen waren damals noch ferne Zukunftsmusik. Nach dem Zweiten Weltkrieg machte Bayer in der Steiermärkischen Landwirtschaftskammer Karriere, wo sie 1960 die erste weibliche Abteilungsleiterin werden sollte. Schon zuvor freilich hatte sie der Landtag in den Bundesrat entsandt, wo sie im zweiten Halbjahr 1953 den Vorsitz führte. Bayer wechselte später in den Nationalrat, dem sie bis zu ihrer Pensionierung 1973 angehören sollte.

Es dauerte exakt ein Dutzend Jahre, ehe wieder eine Frau die Leitung des Bundesrates übernahm. Erstmals eine Sozialistin, deren Werdegang sich kaum drastischer von jenen Bayers und Rudel-Zeyneks unterscheiden konnte. Helene Tschitschko zählte im Jänner 1965 schon 57 Jahre und blickte auf ein entbehrungsreiches Leben zurück. Angesichts der Armut der Familie reichte es nur zu ein paar Jahren Volksschule, ehe Tschitschko bereits als Fabrikarbeiterin für ihr Auskommen sorgen musste. Sie überstand Faschismus und Krieg und trat in den Klagenfurter Konsum ein. 1953 wurde sie Gemeinderätin in der Kärntner Hauptstadt, von 1964 bis 1974 gehörte sie schließlich dem Bundesrat an, dem sie in der Folge – 1965, 1969 und 1974 – dreimal ein halbes Jahr präsidieren sollte.

Die vierte Vorsitzende des Bundesrates kam wie Tschitschko aus Kärnten. Helga Hieden-Sommer promovierte 1969 an der Universität Wien und wurde danach Professorin

an der Pädagogischen Akademie des Bundes. Sie vertrat Kärnten schon in den 1970er-Jahren in der Länderkammer, ehe sie bis 1986 als Abgeordnete zum Nationalrat wirkte. Danach kehrte sie kurzfristig in den Bundesrat zurück und wurde 1987 dessen Vorsitzende.

Die 1942 in Berlin geborene Wienerin Anna Elisabeth Haselbach war zwar chronologisch die fünfte Frau an der Spitze des Bundesrates, doch streng genommen war sie auch die erste Frau in einer neuen Funktion. Seit 1988 lautete der Titel in der Länderkammer analog zu jenem im Nationalrat nämlich PräsidentIn, und als Haselbach 1991 ihr Amt antrat, war sie also die allererste Präsidentin des Bundesrates. Haselbach gehörte dem Bundesrat über 20 Jahre an, was ihr Gelegenheit bot, 1995, 2000 und 2004 abermals als Präsidentin zu fungieren.

Mit Johanna Auer kam 2000 erstmals eine Burgenländerin ins höchste Amt der zweiten Parlamentskammer. Als fünftes Bundesland nominierte Oberösterreich eine Frau für die Spitze des Bundesrates. Die ehemalige Lehrerin Uta Barbara Pühringer avancierte im Jahr 2002 zur Präsidentin. Vier Jahre später war es auch für Niederösterreich erstmals so weit. Die langjährige Bürgermeisterin von Maria Lanzendorf, Sissy Roth-Halvax, war 2003 aus dem Niederösterreichischen Landtag in den Bundesrat gewechselt und präsierte diesem im ersten Halbjahr 2006.

Mit der heute 61-jährigen Lehrerin Susanne Neuwirth trug sich auch Salzburg in die Annalen der Bundesratspräsidentschaft ein. Neuwirth war von 1987 bis 2004 Gemeinderätin der Landeshauptstadt gewesen, ehe sie 2004 Mitglied des Bundesrates wurde. 2011 übte sie die Präsidentschaft aus.

Mit der 1957 geborenen Berufsschullehrerin Ana

Blatnik gab es 2014 eine weitere Premiere. Erstmals wurde eine Angehörige einer der nationalen Minderheiten Österreichs – in diesem Fall eine Kärntner Slowenin – Präsidentin.

Blatniks unmittelbare Nachfolgerin im Amt war Sonja Zwanzl, eine renommierte Vertreterin der niederösterreichischen Wirtschaft, ehe nun Sonja Ledl-Rossmann 2017 das Dutzend vollmachte. Mit Ledl-Rossmann kommt erstmals eine Präsidentin aus Tirol, sodass mittlerweile alle Bundesländer mit der Ausnahme Vorarlbergs wenigstens einmal eine Frau an die erste Stelle des Bundesrates stellten. Und blickt man auf die

Intervalle zwischen den weiblichen Vorsitzen, so darf man erfreut feststellen: Der Bundesrat wird weiblich, und das immer schneller.



Sissy Roth-Halvax
© HBF Heeresbild u. Filmstelle

Landeshauptmänner in der Länderkammer

Zahlreiche prominente Landespolitiker waren Mitglieder des Bundesrates, und nicht wenige von ihnen übernahmen früher oder später auch dessen Vorsitz.

Als der Bundesrat 1920 im Rahmen der neuen Verfassung eingerichtet wurde, übernahm niemand Geringeres als der Bürgermeister von Wien, Jakob Reumann, den Vorsitz über das neue Gremium. Reumann zählte damals schon 67 Lenze und arbeitete seit eineinhalb Jahren daran, Wien grundlegend umzugestalten. Er wurde zum Ahnvater des „Roten Wien“, in dem bis 1934 zahlreiche Gemeindebauten mit insgesamt über 64.000 Wohnungen, unzählige Sozial- und Freizeiteinrichtungen geschaffen wurden, von denen die Bevölkerung heute noch zehrt. 1924 übernahm Reumann den Vorsitz zum zweiten Mal, wobei Wien in der Zwischenzeit eigenes Bundesland geworden war.

Reumann blieb aber nicht der einzige Landeshauptmann, der in der Ersten Republik auch als Vorsitzender des Bundesrates agierte. Der langjährige Salzburger Landeshauptmann Franz Rehl leitete die Länderkammer zwischen 1922 und 1932 gleich dreimal, sein steirischer Amtskollege Anton Rintelen – der später als Unterrichtsminister auch der Regierung angehören sollte – war 1923 Vorsitzender des Bundesrates. 1924 sowie 1928/29 und 1933 hatte Otto Ender den Vorsitz des Bundesrates inne, der nicht nur kurzzeitig Bundeskanzler der Republik war, sondern auch als Landeshauptmann von 1919 bis 1934 (mit der kurzen Unterbrechung durch seine Kanzlerschaft) die Geschicke Vorarlbergs lenkte, ehe er zum Präsidenten des Rechnungshofes avancierte. Und schließlich trug sich noch der spätere Bundespräsident Theodor Körner in die Annalen ein, der 1945 bis 1951 als Bürgermeister gleichzeitig Landeshauptmann von Wien sein sollte. Körner war es auch, der im Februar 1934 vergeblich versuchte, bei Bundespräsident Miklas ein friedliches Ende der damaligen Auseinandersetzungen zu bewirken.

Auch in der Zweiten Republik begann die Arbeit des Bundesrates mit einem Wiener Vorsitzenden. Man setzte praktisch dort fort, wo man 1934 aufhören musste. Körners Vizebürgermeister, Karl Honay, übernahm den Vorsitz der Länderkammer, und weil diese am 19. Dezember 1945 wieder installiert wurde, ist Honay bis zum heutigen Tag der einzige Vorsitzende der Länderkammer, der länger als ein halbes Jahr den Vorsitz führte, hatte er doch sein Amt bis 30. Juni 1946 inne.

Zwei Jahre später kam wieder ein „echter“ Landeshauptmann zum Zug. Josef Rehl, der im zweiten Halbjahr 1948 Oberhaupt der Länderkammer war, firmierte seit 1947 als Landeshauptmann von Salzburg und war, man ahnt es angesichts dieses Namens, der Bruder seines Amtsvorgängers Franz Rehl.

In den 1950er-Jahren saß der ehemalige Eisenbahner Hans Herke zweimal der Länderkammer vor, der zuvor etliche Jahre Landeshauptmannstellvertreter in Kärnten gewesen war.

Helmut Mader war gerade einmal 30 Jahre alt, als er, Listenrster der Tiroler Bundesratsdelegation, 1972 zum Vorsitz berufen wurde. Später amtierte er als Landeshauptmannstellvertreter seines Bundeslandes und schließlich als Präsident des Tiroler Landtags. Mader hält so nebenbei den Rekord als jener lebende Politiker, dessen Amtszeit im Bundesrat zeitlich am weitesten zurückliegt.

In jüngerer Zeit zählte es nicht mehr zum guten Ton, als Landeshauptmann auch gleichzeitig eine Spitzenposition im Parlament zu bekleiden. Eine Ausnahme bildete Josef Krainer sen., der es sich nicht nehmen ließ, 1967 neben seinem Amt als Landeshauptmann der Steiermark auch den Vorsitz im Bundesrat zu übernehmen. Leopold Wagner, Landeshauptmann von Kärnten, gehörte dem Bundesrat hingegen „nur“ als einfaches Mitglied an, was auch später für seinen Nachfolger als Kärntner Landeshauptmann, Peter Ambrozy, und schon zuvor für den Wiener Landeshauptmann Franz Jonas zutreffen sollte.



Jakob Reumann © Bildarchiv der Österreichischen Nationalbibliothek

Ein Halbjahr im Zeichen der grünen Mark

Vom 1. Juli bis zum 31. Dezember 2016 führte Mario Lindner als Präsident des Bundesrates die Länderkammer an. Er legte dabei seinen Arbeitsschwerpunkt auf Zivilcourage und Diversität.

Es begann am 13. Juli mit einem Steiermark-Abend. Zu einem solchen lud Bundesratspräsident Mario Lindner gemeinsam mit Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer und Landeshauptmannstellvertreter Michael Schickhofer anlässlich der steirischen Vorsitzübernahme in das Parlament. Bei dieser Gelegenheit nannte Lindner erstmals Zivilcourage, das Miteinander und die Vielfalt in Österreich als jene zentralen Themen, die er in den thematischen Mittelpunkt seiner Amtszeit stellen wollte.

„Ich hätte gerne, dass Bund und Länder zu mehr Gemeinsamkeiten kommen“, sagte Schützenhöfer in seinen Grußworten. Geht es nach ihm, soll der bevorstehende Finanzausgleich aufgabenorientiert strukturiert werden. Die Reformstärke der Steiermark wurde von Schickhofer angesprochen. Das Bundesland werde in den nächsten sechs Monaten alle Kräfte bündeln, um Österreich neu zu organisieren und weiter voranzubringen.

Ein Stück Steiermark brachte die Tourismusregion Gesäuse in Form von 42 Fotografien unter dem Titel „Mensch und Natur“ in die Säulenhalle des Parlaments, Dirndl und Lederhosen wurden von der Volkskultur Steiermark GmbH ausgestellt. Für die musikalische Unterhaltung während des Abends sorgte Soko Stainz, vor dem Parlament gab es am Nachmittag ein Konzert von fünf Musikkapellen aus der Obersteiermark.

Bundesratspräsident Mario Lindner hält seine Antrittsrede

Nur einen Tag später, am 14. Juli, führte Lindner seine Gedanken vor dem Plenum der Länderkammer grundsätzlicher aus. Der Bundesrat solle, so Lindner, als „Kammer der Zivilcourage“ über alle Fraktionsgrenzen hinweg fungieren. Österreich sei „in den letzten Jahren bunter, vielfältiger und dynamischer geworden – und das ist gut so“, hielt Lindner dabei fest. Die Veränderungen führten aber auch zu Unsicherheit, diese wiederum auch zu Angst, und genau diese Angst lege den Nährboden für Hass. Lindner appellierte

daher an die Verantwortung der Politik, „nicht zuzusehen, wenn Hass und Diskriminierung in unserer Gesellschaft wachsen“, sondern mit neuen Projekten Hoffnung und Perspektiven zu geben und dem Hass entgegenzutreten. „Politik ist nicht dazu da, eine Partei, eine Person oder eine Organisation gut aussehen zu lassen – sie hat die Pflicht, Lösungen zu bieten“, forderte Lindner nachdrücklich zu gemeinsamer politischer Arbeit für ein offeneres gesellschaftliches Klima auf.

Die Länderkammer als Schnittstelle und direkte Vertreterin der Regionen und Bezirke habe für die neuen Herausforderungen eine ganz besondere Verantwortung, so der Präsident. Es gehe darum, die Diversität „zu etwas Gewinnbringendem, etwas Positivem“ im Leben aller ÖsterreicherInnen zu machen. Lindner sprach dabei nicht nur von den Flüchtlingsbewegungen des letzten Jahres, sondern insgesamt einen tief greifenden gesellschaftlichen Wandel an – vom Brexit über Klimawandel und digitalen Wandel bis zur fortschreitenden Globalisierung.

Mit dem Ansatz eines „bundesweiten Schulterchlusses für mehr Zivilcourage“ kündigte Lindner konkrete Projekte an, um gegen Ungerechtigkeiten und Intoleranz Zeichen zu setzen. Es gehe dabei um „gleiche Chancen auf Selbstverwirklichung, Zufriedenheit und Sicherheit für alle von uns“. Man dürfe sich dem Hass, der Angst und der Intoleranz nicht beugen, wenn beispielsweise junge Menschen wegen ihrer sexuellen Orientierung gemobbt oder aufgrund ihres „ausländischen“ Namens diskriminiert würden oder wenn eine Journalistin online beschimpft und bedroht werde. Denn gerade ein vielfältiges Umfeld bereichere den Alltag, sei Voraussetzung für neue Höhepunkte in Kunst und Kultur und bilde die Basis für Innovationen und die Grundlage für Wachstum und neue Jobs. Wohin Hass in unserer Gesellschaft im Extremfall füh-





Bundesratspräsident Mario Lindner bei seiner Antrittsrede
© Parlamentsdirektion/Thomas Jantzen

ren könne, habe man in den letzten Monaten an einem brennenden Flüchtlingsheim schmerzlich lernen müssen. Zivilcourage als Antwort auf Ungerechtigkeiten sei aber nicht nur engagiertes Handeln gegen Rassismus oder gegen Hass auf Flüchtlinge, sagte Lindner auch im Hinblick auf die Problematik der Hasspostings im Internet: Der Hass im Netz treffe Jugendliche, Kinder, Migranten, Schwule, Frauen, Männer, Transgender-Personen – mithin jede Schicht der Gesellschaft.

Daher wollte sich Lindner dem Thema der digitalen Zivilcourage besonders widmen, und so kündigte er bereits in seiner Antrittsrede eine diesbezügliche Enquete für den November an. Weiters plante er eine langfristige Kampagne gegen Hass im Netz gemeinsam mit Justizminister Wolfgang Brandstetter

Mario Lindner: Gleiche Rechte – für alle

„Ich bin Steirer, ich bin Sozialdemokrat, ich bin Gewerkschaftler und werde ab Juli der nächste Präsident des Bundesrates. Und ich bin schwul!“ Mit diesen Worten meldete sich Bundesratspräsident Lindner auf der Bühne der Regenbogenparade 2016 zu Wort. Unter den Eindrücken des Anschlags auf einen LGBT-Club in Orlando wenige Tage zuvor outete sich Lindner dort am 25. Juni 2016 vor mehr als 200.000 Menschen – wenige Tage bevor er turnusmäßig den Vorsitz in der Länderkammer des österreichischen Parlaments übernahm.

„Gerade in schweren Zeiten geht es darum, als Politiker auch ein Vorbild zu sein“, betonte Lindner in den Tagen darauf gegenüber zahlreichen MedienvertreterInnen. Das Thema der Gleichstellung gleichgeschlechtlich Liebender nahm daher auch einen zentralen Stellenwert in seiner Zeit als Präsident der Länderkammer ein. Daher lud Lindner im zweiten Halbjahr 2016 auch zahlreiche LGBT-Organisationen ins österreichische Parlament – so zum Beispiel das Rechtskomitee Lambda und die steirischen RosaLila PantherInnen – und meldete sich zur Frage der Ehe für alle zu Wort. Als Bundesratspräsident posierte Lindner auch für das Plakat des Grazer Tuntenballs, der Jahr für Jahr Geld für Beratungs- und Unterstützungsangebote im LGBT-Bereich sammelt.

Bewusst verband Lindner dieses Engagement für Gleichstellung auch mit der Bundesrats-Initiative für mehr digitale Courage. „Gerade Homo-, Bi- und Transsexuelle werden besonders oft zu Opfern von Gewalt – egal ob online oder offline. Gegen Hass im Netz vorzugehen, heißt also auch, gegen jede Form von Ausgrenzung und Diskriminierung im Alltag aufzustehen“, so Lindner. Diese Einstellung unterstrich der Bundesratspräsident auch, als er im Dezember 2016 mit einem Facebook-Posting gegen homophobe Gewalt viel Aufmerksamkeit in internationalen Medien erreichte.

und Staatssekretärin Muna Duzdar, und auch im Zukunftsausschuss sollten diese Fragen thematisiert werden. Es werde zum Thema Zivilcourage zudem eine Ausstellung im Palais Epstein und eine neue Zusammenarbeit mit der Demokratiewerkstatt geben, kündigte Lindner bei dieser Gelegenheit an. Auch bundesweite Zivilcouragetrainings mit dem Mauthausen-Komitee und Vernetzung mit NGOs, engagierten Persönlichkeiten und Interessensvertretungen stünden auf dem vielfältigen Plan für ein besseres Miteinander in der Gesellschaft.

Zusammenleben in Vielfalt sei aber kein abgeschlossenes Thema, denn Diversität und Zivilcourage seien Querschnittsmaterien, „die jeden Bereich der Politik betreffen“. Denn „ob in der Sozialpolitik, in Fragen von Arbeit und Beschäftigung, im Gesundheitssystem oder natürlich in der Integrationspolitik – in jedem dieser

Felder sind wir als Gesetzgeber in der Pflicht, uns zu überlegen, wie wir gleiche Chancen und Rechte für alle Menschen in Österreich am besten garantieren können.“ Lindner bekräftigte abschließend, daran arbeiten zu wollen, dass der Bundesrat als Europakammer, Länderkammer, Kammer des Zukunftsausschusses und Kammer der Kinderrechte in diesem Land über alle Fraktionsgrenzen hinweg auch die Kammer der Zivilcourage wird.

Landeshauptmann Schützenhöfer: Die steirische Reformpartnerschaft als Vorbild für Österreich

Im Anschluss an den neuen Bundesratspräsidenten skizzierte der Landeshauptmann der Steiermark, Hermann Schützenhöfer, seine Vorstellungen. Er verstand dabei seine Erklärung als einen eindringlichen Appell, das Gemeinsame vor das Trennende zu stellen und endlich Reformen umzusetzen, die das Land dringend brauche. Als Vorbild für eine solche neue Politik stellte Schützenhöfer dabei die steirische Reformpartnerschaft heraus, die nunmehr seit sechs Jahren praktiziert werde. Dieser Reformgeist sollte ein Vorbild für die Bundesebene sein, warb Schützenhöfer für das steirische Regierungsmodell. Seine Ausführungen standen daher auch unter dem Titel „Gemeinsam neue Wege gehen“. Die großen Herausforderungen würden nur mit entschlossener Politik und entschlossenen PolitikerInnen gelingen, die glaubwürdige Reformen angingen, so seine Worte.

„Regierung kommt von Regieren, nicht vom Reagieren und schon gar nicht vom Negieren“, sagte der Landeshauptmann bei dieser Gelegenheit. Das Gefährlichste sei eine Politik, die selbst überfordert wirkt, weil sie unterlässt, was zu tun ist, und unterschätzt, was möglich ist. Schützenhöfer machte dabei klar, dass man mit einer mutigen Reformpolitik die Ernte nicht bis zum nächsten Wahltag werde einfahren können. Aber seine Erfahrungen zeigten, dass vieles, was vor ein paar Jahren noch heftig umstritten war, mittlerweile auch die Gegner überzeugt habe und mit großer Mehrheit akzeptiert werde. Politik müsse sich wieder darauf besinnen, was sie tun kann und dass sie etwas tun kann. Sie müsse sich auf die Pflichten konzentrieren,

die sie gegenüber dem Land und den Menschen zu erfüllen habe. So verstanden, könne verantwortungsvolle Politik auch heiße Eisen angreifen – wie etwa Standortpolitik, Pensionen, Bildungsreform, Pflege- und Gesundheitspolitik. Österreich könne es sich einfach nicht leisten, zu streiten und gegeneinander zu arbeiten, so Schützenhöfer auch in Richtung der Opposition.

In Erinnerung des von Bundeskanzler Christian Kern und Vizekanzler Reinhold Mitterlehner ausgerufenen „New Deal“ drängte der steirische Landeshauptmann darauf, in der Zusammenarbeit vom Wort zur Tat zu kommen. Bis zur nächsten Nationalratswahl seien noch zwei Jahre Zeit – Zeit genug für große Reformen. Vom



Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer spricht im Bundesrat
© Parlamentsdirektion/Thomas Jantzen

viel beschworenen Neustart müsse man endlich etwas sehen und spüren, sagte Schützenhöfer.

Der Landeshauptmann präsentierte bei dieser Gelegenheit drei Ideen zur Standortpolitik, indem er vorschlug, den Investitionsstau durch Einführung eines Investitionsfreibetrags und einer Investitionszuwachsprämie zu beseitigen. Der Bürokratieabbau gehörte ebenso zu seinen Forderungen wie die Senkung der Lohnnebenkosten. In diesem Kontext begrüßte er das Start-up-Paket der Regierung und die Reduzierung der Bankenabgabe. Er ließ aber keinen Zweifel daran, dass die einmalige Abschlagszahlung der Banken von 1 Milliarde € entsprechend dem Schlüssel des Finanzausgleichs verteilt werden müsse.



Der Landeshauptmann ging in seiner Rede auch auf die Föderalismusdebatte ein und forderte dabei mehr Sachlichkeit ein. Er warb auch für einen „neuen Föderalismus“. In diesem Zusammenhang plädierte er dafür, den „gordischen Knoten“ durch vermeintliche Blockaden im Verhältnis von Bund und Ländern endlich zu lösen. Die Bundesländer böten dabei ihre Kooperation an, versicherte er. Keinesfalls seien die österreichischen Bundesländer zu klein für den Föderalismus, zitierte er eine Studie der Universität St. Gallen, die auch die Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit des Subsidiaritätsprinzips untermauere. Selbstverständlich könne eine derart komplexe Aufgabe nicht in den nächsten sechs Monaten gelöst werden, räumte Schützenhöfer ein, er hoffe aber, dass in dieser Zeitspanne der „Einstieg zum Umstieg“ gelinge. Schützenhöfer schlug daher vor, eine Verhandlungsgruppe einzurichten, die in einem Zeitraum von rund fünf Jahren dieses Thema diskutiere und in der Bund und Länder unter Einbeziehung der Gemeinden auf Augenhöhe verhandelten.

Schützenhöfer votierte dafür, Subsidiarität und Dezentralisierung stärkere Ordnungsprinzipien auch in Europa werden zu lassen, wenn man verhindern wolle, dass die teils populistisch-demagogische Zentralismuskritik zerstörerische und desintegrierende Formen annehme. Die EU solle sich vielmehr um die brennenden Fragen der Außen-, Sicherheits-, Flüchtlings- und Migrationspolitik kümmern, konstatierte er. Föderalismus sei bürgernäher, überschaubarer und menschlicher als anonym empfundener

Zentralismus, die Bundesländer hätten einen beson-

deren Sinn für Eigenständigkeit und das Gemeinsame. Die Vielfalt der Bundesländer habe einen besonderen Reiz, mache den Reichtum Österreichs aus und sei auch Fundament für die Gestaltung der Zukunft. Schützenhöfer unterstrich, dass Weltoffenheit und Heimatverbundenheit – richtig verstanden – keine Gegensätze darstellten, sondern einander bedingten.

Den Abschluss seiner Erklärung widmete Schützenhöfer den jungen Menschen und den notwendigen Zukunftsvisionen. Junge Menschen wollten nicht über Soll und Haben sprechen, sondern über Sein und Sinn diskutieren, unterstrich er. Es sei daher Aufgabe einer verantwortungsvollen Politik, Antworten zu bieten, Ziele zu haben und Visionen zu erarbeiten. Den Vorsitz in der Landeshauptleutekonferenz wolle er daher auch dazu nützen, um Perspektiven aufzuzeigen.

Hoher Besuch aus der Volksrepublik China beim Präsidium des Bundesrates

Am 28. September 2016 warb der assistierende Minister des chinesischen Außenministeriums, Liu Haixing, bei seinem Zusammentreffen mit der Spitze des Bundesrates für die chinesische Initiative einer Seidenstraße für das 21. Jahrhundert. In einer Aussprache mit Bundesratspräsident Mario Lindner und der Vizepräsidentin des Bundesrates, Ingrid Winkler, unterstrich Liu das anhaltend gute Verhältnis zwischen Österreich und China seit der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen vor 45 Jahren. In den letzten zwei Jahren sei erfreulicherweise eine Belebung des Austausches auf verschiedenen Ebenen festzustellen. Dazu gehöre auch der Austausch auf parlamentarischer Ebene, der eine wichtige Brückenfunktion zur Stärkung der Kooperation in den Bereichen, Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft spiele.

Im Mittelpunkt des Gesprächs mit Liu Haixing stand die chinesische Initiative einer Seidenstraße für das 21. Jahrhundert, die vor drei Jahren unter dem Titel „One Belt, One Road“ vorgestellt wurde. China setze dabei auf Ausgewogenheit in der Zusammenarbeit mit den Ländern entlang der Verkehrswege, die den Landweg und den Seeweg umfassen sollen, erläuterte Liu. Es gehe nicht darum, eine chinesische Idee aufzudrängen, sondern um die Identifizierung von Projekten, die sich im gemeinsamen Interesse der jeweiligen Länder umsetzen ließen. China setze dabei auch auf Österreich, das eine wichtige Stellung in Bezug auf Mittel- und Osteuropa einnehme.

Bundesratspräsident Mario Lindner interessierte sich besonders für gemeinsame Projekte im Bereich Schienenverkehr und Infrastruktur. Liu erklärte, China könne eine hoch entwickelte Verkehrstechnik vor allem im Bereich Bahn vorweisen. Mit E-Bussen für Graz habe gerade ein chinesisches Unternehmen erfolgreich den Markteintritt in Österreich geschafft.



Treffen von Bundesratspräsident Mario Lindner mit Chinas Liu Haixing © Parlamentsdirektion/BKA/Aigner

Vizepräsidentin Ingrid Winkler meinte, dass China auch für mittelständische Unternehmen ein interessanter Markt sein könne. Liu begrüßte die geplante Reise einer österreichischen Delegation, an der die Vizepräsidentin des Bundesrates im September 2017 teilnehmen will, die unter anderem eine chinesische Wirtschaftsmesse besuchen wird. Liu war zuversichtlich, dass sich vor allem in Zentralasien positive politische Entwicklungen abzeichneten.

Erklärung des Ersten Vizepräsidenten des Ausschusses der Regionen Karl-Heinz Lambertz

Es muss sich etwas ändern, die EU muss neu gedacht werden – so ließ sich eine Diskussion zusammenfassen, die am 25. Oktober 2016 der Rolle der Regionen in der europäischen politischen Agenda gewidmet war. Anlass dafür war die Rede des Ersten Vizepräsidenten des Ausschusses der Regionen (AdR) Karl-Heinz Lambertz. Die Globalisierung und Digitalisierung stelle die Union vor große Herausforderungen, sagte Lambertz, man brauche mehr Solidarität und auch eine stärkere Sozialunion. Dabei spielten die Regionen eine ganz wichtige Rolle, die Europapolitik müsse einen Brückenschlag zu den Regionen und Städten finden, sie müsse viel mehr rückgekoppelt werden an das, was dort geschieht.

Europa finde nämlich nicht in Straßburg und Brüssel statt, sondern dort, wo die Menschen leben, so Lambertz, der sich dafür starkmachte, die Regionen bei der Konzeption und bei der Umsetzung politischer Entscheidungen mehr zu beteiligen. Lambertz kritisierte zudem die starke Überregulierung im Kleinen

und die mangelnde Lösungskompetenz der EU bei den großen Problemen. Er äußerte dabei auch Kritik an Politikerinnen und Politiker, die alle Probleme und Fehler der EU zuschiebt: „Die Politik muss zu Europa stehen“, unterstrich Lambertz.

Der Europapolitiker machte sich auch stark für die internationale Vernetzung der Regionen. „Erfolgreiche Regionen sind zu Hause tief verwurzelt und international gut vernetzt“, hielt er fest und hob die Bedeutung der regionalen Identitäten für das Lebensgefühl der Menschen im Zeitalter der Globalisierung hervor. Die Zweiten Kammern stellten für die Regionen besonders wichtige Organe dar, weil dort die Meinungsbildung im Verhältnis zu zentralstaatlichen Entscheidungsprozessen erfolge.

Lambertz war sich mit den Rednerinnen und Rednern einig, dass Europa derzeit in einer schweren Krise steckte, in einer „Multikrise“, wie er es unter Hinweis auf Brexit, die Finanz- und Wirtschaftskrise und die Flüchtlingsproblematik formulierte; dazu kämen die schwierigen Verhältnisse zur Nachbarschaft, wie etwa zur Türkei und Russland, und die Tatsache, dass die gemeinsame Währung geschaffen wurde, ohne die Wirtschafts- und Abgabepolitik zu integrieren. Die Antwort darauf könne aber nicht heißen, Europa abzuschreiben – auch angesichts der globalen Probleme, die man als Nationalstaat allein nicht bewältigen könne. In diesem Sinne forderte er eine schonungslose Analyse der Schiefelage und machte dabei mehrere Entwicklungen dafür verantwortlich: Dazu zählten die Zerschlagung der europäischen Werte,

das Demokratiedefizit und die offenen Fragen der Währungsunion. Die EU sei gleichzeitig ein Riese, was das Regeln von Kleinigkeiten betreffe, aber ein Zwerg bei den großen Herausforderungen, ortete Lambertz einige der wesentlichsten Gründe für die EU-Skepsis. Wenig Verständnis zeigte er auch für eine zu strikte Sparpolitik, die am Ende die Investitionsfähigkeit der Gebietskörperschaften untergrabe.

Für Lambertz stand daher die Umsetzung des Subsidiaritätsprinzips an vorderster Stelle. Die EU müsse auch die Daseinsvorsorge sicherstellen und eine zukunftsorientierte Investitionspolitik zulassen. Dabei würden die Strukturfonds und die Kohäsionspolitik einen wesentlichen Anteil haben, betonte er und hob insbesondere die Notwendigkeit einer gründlichen Folgenabschätzung hervor. Lambertz appellierte in diesem Zusammenhang auch an die Verantwortung der Landtage und Landesregierungen, die die Vielfalt verkörpern und am besten in der Lage seien, die Auswirkungen vor Ort zu beurteilen.

Blockade von CETA durch Regionalparlament – Akt der Demokratie oder mangelnde Solidarität?

Passend zu den Ausführungen von Lambertz war die Debatte über die Rolle der Regionen, die sich im Anschluss an den Vortrag des EU-Politikers entwickelte, fand diese doch zu einem Zeitpunkt statt, da das wallonische Regionalparlament in Belgien die Unterzeichnung von CETA verhindert hatte. CETA nahm daher bei vielen Rednerinnen und Rednern einen breiten Raum ein. So hinterfragte Bundesrat Klaus Furlinger, ob es tatsächlich einen Akt der Demokratie darstelle, wenn eine Region die gesamte EU überstimme, und sein Fraktionskollege, der Vorsitzende des EU-Ausschusses Edgar Mayer, sprach von mangelnder Solidarität. Kanada gehe es um ein Freihandelsabkommen, das Land sei der EU noch in der letzten Phase weit entgegen gekommen. Im wallonischen Regionalparlament würden nun nationale Probleme mit den europapolitischen vermengt.

Es sei keine Schande, wenn ein Teil der EU zu einem Abkommen Nein sagte, warf Bundesrat Stefan Schennach in die Diskussion ein. Für ihn sei das gelebte Demokratie, und die EU wäre gut beraten, mehr auf die Diskussionen in den nationalen Parlamenten zu hören. Bundesrätin Monika Mühlwerth kritisierte, dass die EU ihren Bürgerinnen und Bürgern nicht zuhören, und das betreffe sowohl die Migrationsfrage als auch CETA. Den Menschen gehe es um hohe Umwelt- und Sozialstandards sowie um die Nahrungsmittelsicherheit, und die EU ignoriere vollkommen, dass die Regionen in großer Zahl gegen CETA seien. Allein in Österreich hätten sich 400 Städte und Gemeinden dagegen ausgesprochen. Bundesrätin Heidelinde Reiter erinnerte an einen diesbezüglichen Beschluss der Landeshauptleute, an dem sich nichts geändert habe.

Bundesrat Gerhard Dörfler verlangte vor allem eine Antwort Europas auf die Globalisierung, denn diese verunsichere die Menschen. Europa könne heute sein Wohlstandsversprechen nicht mehr einlösen, es zähle das Geld, der Mittelstand komme unter die Räder, die kleinen und mittleren Unternehmen würden an Kontrollen und Steuern ersticken, fasste er seine Sorgen zusammen. Das Hauptproblem sah Dörfler vor allem in der hohen Jugendarbeitslosigkeit und der damit verbundenen Perspektivlosigkeit. Zudem komme die österreichische kleinstrukturierte Landwirtschaft unter Druck der Agrarindustrie. Daher sei es verständlich, dass das Misstrauen gegen den Zentralismus und die Freihandelsabkommen groß sei. Bundesrätin Nicole Schreyer wiederum erhob die Forderung, die Regionen müssten für die Menschen da sein und sich nach oben hin für die Subsidiarität starkmachen.

Lambertz warnte abschließend davor, CETA scheitern zu lassen. Das wäre seiner Meinung nach eine folgenschwere Neuorientierung der EU-Handelsbeziehungen. Es gehe um Fundamentales, gab er zu bedenken, denn ein Europa, das mit dem Rest der Welt nicht mehr in Handelsbeziehungen eintritt, werde Probleme anhäufen und noch unwichtiger in der Welt werden. Der Europapolitiker räumte jedoch ein, dass es nicht gelungen sei, alle Beteiligten ausreichend miteinzubeziehen. Er wollte aber nicht allein der EU-Kommission die Schuld geben, sondern warf auch allen Beteiligten vor, sich zu spät damit beschäftigt zu haben.



**Vizepräsident des Ausschusses der Regionen (AdR)
Karl-Heinz Lambertz** © Parlamentsdirektion/Johannes Zinner

Bundesräte für Meinungsfreiheit und Unabhängigkeit von Justiz und Legislative in der Türkei

Vor Eingang in die Tagesordnung der Bundsratsitzung vom 17. November 2016 unterzeichnete der Bundesrat eine Erklärung zur Lage in der Türkei. In den vergangenen Monaten habe es in der Türkei besorgniserregende Entwicklungen gegeben, stellten die Bundesratsmitglieder fest und forderten die türkische Regierung zur sofortigen Freilassung der inhaftierten Abgeordneten und JournalistInnen sowie zur Achtung der Meinungsfreiheit und der Unabhängigkeit von Justiz und Gesetzgebung auf. Die antidemokratischen Vorgänge in der Türkei seien nicht mit europäischen Werten vereinbar und daher ein weiterer Grund, die Beitrittsverhandlungen auszusetzen und bei fortwährender Eskalation den Abbruch der Verhandlungen zwischen der Europäischen Union und der Türkei vonseiten der österreichischen Bundesregierung zu fordern. Der Bundesrat tat es damit dem Nationalrat gleich, der zuvor ebenfalls eine diesbezügliche Erklärung beschlossen hatte.

Die Länderkammer gedenkt ihrer ersten Sitzung am 1. Dezember 1920

Am 1. Dezember 1920 trat der österreichische Bundesrat zum allerersten Mal zusammen. In ihrer 861. Sitzung gedachte die Länderkammer am 1. Dezember 2016 diesem historischen Anlass. „Der österreichische Bundesrat agiert an der Schnittstelle unserer Demokratie. Als seine Mitglieder sind wir die direkten Vertreterinnen und Vertreter der Bezirke und Regionen, die direkte Verbindung zu den Ländern, und wir haben in dieser Funktion eine ganz besondere Verantwortung, derer wir uns auch durchaus bewusst sind“, erklärte der amtierende Bundesratspräsident Mario Lindner.

Lindner verwies in seiner Rede zum 96. Geburtstag des Bundesrates auch auf seinen Vorgänger, den ersten Vorsitzenden der Länderkammer, Jakob Reumann, der in seiner Antrittsrede 1920 die besondere Stellung des Föderalismus in der österreichischen Verfassung unterstrich: „Die Bundesverfassung gibt den Ländern eine Rechtsstellung, die sie zu wahren Gliedstaaten eines Bundesstaates macht und die volle Gleichstellung zwischen Bund und Ländern vorsieht.“

Ganz besonders betonte Lindner aber auch die aktuellen Herausforderungen, vor denen die Länderkammer in der öffentlichen Debatte stehe. „Der Bundesrat ist nicht der Hemmschuh unserer Republik, wie manche das gerne formulieren. Er ist vielmehr die selbstbewusste Europakammer, die Länderkammer und die Zukunftskammer unserer Republik. Und das ist auch wirklich gut so!“

Die gemeinsame Erklärung im Wortlaut

„Die Ereignisse der letzten Monate in der Türkei haben sich in eine mehr als nur besorgniserregende Richtung entwickelt. Infolge eines gescheiterten Militärputsches im Juli d.J. verhängte die Türkei den Ausnahmezustand und setzte Verpflichtungen der Europäischen Menschenrechtskonvention aus. Es kam zu Massenverhaftungen und Amtsenthebungen von bis zu 60.000 Staatsangestellten in der Armee, Polizei, Justiz und im Bildungswesen. Bereits im Sommer wurde die Immunität der Abgeordneten der Oppositionspartei HDP aufgehoben, regierungskritische Medien wurden eingestellt und andere einschüchternde Maßnahmen getroffen.

Trotz der auch international anhaltenden Kritik an der fehlenden Einhaltung der Menschenrechte gegenüber Bürgerinnen und Bürgern der Türkei, insbesondere der kurdischen Minderheit, Journalistinnen und Journalisten, Richterinnen und Richtern und vielen anderen regierungskritischen Personen und trotz der vielen Solidaritätsbekundungen wurden nun Abgeordnete der Oppositionspartei HDP verhaftet. Selahattin Demirtas und Figen Yükkedag – die beiden Vorsitzenden der HDP und somit wichtige Persönlichkeiten der parlamentarischen Opposition – sowie andere Abgeordnete der HDP sind mittlerweile in Haft. Die Fahndung nach anderen Abgeordneten der HDP läuft.

Diese äußerst besorgniserregenden Entwicklungen in der Türkei, die nicht mit europäischen Werten vereinbar sind, sind ein weiterer Grund, die Verhandlungen auszusetzen und bei weiterer Eskalation den Abbruch der Beitrittsverhandlungen zwischen der Europäischen Union und der Türkei vonseiten der österreichischen Bundesregierung zu fordern.

Das Parlament ist das Herz jeder Demokratie, jede Maßnahme, die Abgeordnete in ihrer Handlungsfreiheit einschränkt und in ihrer Arbeit behindert, ist darum abzulehnen. Demokratie und die Wahrung der Grund- und Menschenrechte sind unverhandelbar und sind auf jeden Fall einzuhalten!

Wir fordern daher von der türkischen Regierung die sofortige Freilassung der inhaftierten Abgeordneten, Journalistinnen und Journalisten sowie die Achtung der Meinungsfreiheit und der Unabhängigkeit von Justiz und Gesetzgebung. Wir verurteilen alle Terrorakte und fordern die Reaktivierung des kurdischen Friedensprozesses. Gleichzeitig fordern wir die österreichische Bundesregierung auf, sich in ihren Kontakten mit der Türkei bilateral und im Rahmen der EU ebenfalls mit Nachdruck für diese Forderungen einzusetzen.“

Gedenkminute im Bundesrat nach Anschlägen in Berlin, Zürich und Ankara

Vor Beginn der Sitzung am 20. Dezember 2016 setzte der Bundesrat ein Zeichen der Anteilnahme und gedachte der Opfer der Anschläge in Berlin, Zürich und Ankara. „Wir stehen noch immer schockiert und tief betroffen unter dem Eindruck der furchtbaren Gewalttaten“, drückte Bundesratspräsident Mario Lindner im Namen der Länderkammer seine Anteilnahme aus.

Der österreichische Bundesrat spreche sich entschieden gegen jede Form von Gewalt und Terror gegen unschuldige Menschen aus. „Besonders heute, am internationalen Tag der Solidarität, haben wir uns immer wieder an eines zu erinnern: Unsere Antwort auf Terror muss an jedem einzelnen Tag ein klares, dauerhaftes Bekenntnis zu mehr Demokratie sein!“, so die Botschaft Lindners. Ausgrenzung und Angst dürften niemals die Reaktionen auf Gewalt sein.

In seiner Stellungnahme betonte Lindner zudem, dass sich der österreichische Bundesrat vorbehaltlos zum Zusammenhalt aller Bürgerinnen und Bürger in einem vereinten Europa, die sich den Werten der Freiheit, der Demokratie, des Parlamentarismus und der Menschenrechte verbunden fühlen, bekenne. Das Mitgefühl des Bundesrates gelte den Angehörigen der Todesopfer und allen Verletzten dieser furchtbaren Tragödie. „Unsere Gedanken sind in diesen Stunden bei ihnen“, so Lindner. Die Fahnen auf und vor dem Parlamentsgebäude wurden aus diesem Anlass auf Halbmast gesetzt.

Abschiedsrede von Präsident Mario Lindner: Demokratie braucht den Willen, besser zu werden

Am 21. Dezember 2016 zog Bundesratspräsident Mario Lindner in der Länderkammer Bilanz. Mit dem Thema Digitale Courage, zu dem der Bundesrat eine Enquete abgehalten hat, habe man definitiv einen Nerv der Zeit getroffen, sagte Lindner – auch unter Hinweis auf das enorme mediale Echo auf diese Initiative. Mit dem „Grünbuch Digitale Courage“ habe man zudem den ersten wissenschaftlich fundierten Katalog mit Vorschlägen an die Politik in diesem Bereich vorgelegt. Der Bundesrat habe es damit geschafft, dieses Thema auf die überparteiliche parlamentarische Ebene zu heben und neu zu definieren. Zum Thema „Hass im Netz“ sei das Problembewusstsein da, die Lösungsansätze fehlten aber. Lindner sprach in diesem Zusammenhang die um sich greifende Verunsicherung und das Misstrauen gegenüber der Politik und PolitikerInnen an, woraus sich oft geballte Wut entwickle, die sich dann im Internet Luft verschaffe – oft mit furchtbaren Auswirkungen für die Betroffenen.

Dieser Entwicklung könne man mit den herkömmlichen politischen Mitteln so gut wie gar nicht beikommen, unterstrich Lindner, weshalb es sein Ziel gewesen sei, dieser Frage eine neue Perspektive und eine neue Richtung zu geben, und das sei gelebte, digitale Zivilcourage.

„Wir müssen die Mehrheit unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger davon überzeugen, selbst couragiert gegen Hass und Diskriminierung im Netz aufzutreten“, so der Bundesratspräsident. „Wir müssen sie dabei unterstützen, sie fördern und auch selbst mit gutem Beispiel vorangehen.“

Das Thema dürfe mit dem 31. Dezember 2016 nicht abgehakt werden, drängte Lindner seine Kolleginnen und Kollegen in der Länderkammer, weiter initiativ zu bleiben – nicht nur weil es für das Ansehen dieser Kammer wichtig sei, sondern weil es moralisch und politisch richtig sei.

Damit leitete der Präsident auf den Bundesrat selbst über, auf die immer wieder im Raum stehende Frage, ob man denn die Zweite Kammer überhaupt brauche. „Wir müssen uns diese Frage nicht nur gefallen lassen, sondern sie auch ernsthaft beantworten können“, bekräftigte Lindner. Österreich brauche einen starken, aktiven und präsenten Bundesrat. Die Stärke der Länderkammer liege nicht im unmittelbaren Zentrum der Tagespolitik, was vielleicht für die hektische Mediendemokratie „nicht immer sexy genug“ sei. Es handle sich dabei um eine Politik, die weniger aufgeregt sei, die aber wirke, denn der Bundesrat stoße langfristige Projekte an – wie etwa die Frage des digitalen Wandels und der digitalen Courage. Man könne über Legislaturperioden hinweg Schwerpunkte setzen. Der Bundesrat sei auch die Kammer der Kinderrechte mit einem eigenen Ausschuss, man verfüge über einen Zukunftsausschuss, und mit dem EU-Ausschuss stehe man zu Recht im Zentrum der österreichischen Europapolitik.

Das alles reiche aber nicht, räumte Lindner ein und rief dazu auf, sich selbstkritisch zu fragen, was man besser machen könnte. Er wolle einfach nicht akzeptieren, dass man sich als Länderkammer permanent für seine Arbeit rechtfertigen müsse. „Demokratie [...] braucht den permanenten Willen, besser zu werden, sich weiterzuentwickeln. Nehmen wir uns das zu Herzen!“, sagte Lindner. In diesem Sinne regte er beispielsweise an, den Zukunftsausschuss noch aktiver einzusetzen: „Trauen wir uns mehr zu, seien wir mutiger!“, so Lindner zum Abschied.

Einen Tag nach seiner Abschlussrede in der Länderkammer empfing Bundesratspräsident Mario Lindner seinen letzten offiziellen Gast im Hohen Haus: die Song-Contest-Gewinnerin und Künstlerin Conchita. „In den letzten Monaten durfte ich in diesem Haus viele beeindruckende und tolle Persönlichkeiten empfangen. Dass Conchita heute mein letzter Gast als Bundesratspräsident war, ist aber eine ganz besondere Ehre“, so Lindner, der sich vom Jahr 2017 wünschte, dass kein Mensch aufgrund seines Geschlechts, seines Alters, seiner Herkunft, seiner Religion, seiner sexuellen Orientierung oder einer Behinderung jemals wieder Mobbing, Ausgrenzung oder Gewalt erfahren muss. Er werde nicht aufhören, seine Stimme zu erheben, wenn Menschen diskriminiert werden, so Lindners Credo.





Ein Halbjahr unter den Schwingen des Tiroler Adlers

Vom 1. Jänner bis zum 30. Juni 2017 lenkte Sonja Ledl-Rossmann als Präsidentin des Bundesrates die Geschicke der Länderkammer. Das Thema Pflege stand dabei im Mittelpunkt ihrer Arbeit.

Anlässlich der Vorsitzübernahme des Landes Tirol im Bundesrat lud am 14. Februar 2014 die neue Präsidentin des Bundesrates Sonja Ledl-Rossmann gemeinsam mit dem Tiroler Landeshauptmann Günther Platter zu einem Tirol-Abend in die Säulenhalle des Parlaments ein. In ihrer Ansprache erklärte Ledl-Rossmann, sie wolle vor allem das Thema Pflege in den Mittelpunkt rücken. Platter wiederum unterstrich die Wichtigkeit des Föderalismus.

Im Vorfeld wurden die Gäste mit einem landesüblichen Empfang am Vorplatz des Parlaments willkommen geheißen. Eine Abordnung der Tiroler Traditionsverbände, die gemeinsame Schützenkompanie Vils-Lechaschau und die gemeinsame Musikkapelle aus Vils, Lechaschau und Ehenbichl stimmten zwischen interessierten TouristInnen die geladenen Gäste bereits vor den Toren des Parlaments auf den Empfang ein. Den winterlichen Temperaturen trotzend hisste Sonja Ledl-Rossmann unter Anwesenheit des Tiroler Landeshauptmanns die Fahne des Landes Tirol auf dem Parlamentsdach.

Im Anschluss übernahm die neue Präsidentin des Bundesrates in der Säulenhalle die offizielle Begrüßung. Dabei betonte sie die Notwendigkeit, sich bereits heute mit den Fragen von morgen auseinanderzusetzen. Den Fokus ihrer sechsmonatigen Präsidentschaft widmete die Präsidentin dem Thema Pflege.

Der ehemalige Bundesratspräsident Mario Lindner gratulierte seiner Nachfolgerin und freute sich mit ihr auf das „gemeinsame Bearbeiten dieses spannenden Themas“.

Nach der Schlüsselübergabe an Ledl-Rossmann durch Lindner freute sich Günther Platter in seinen Grußworten, dass sowohl der Bundespräsident als auch die Bundesratspräsidentin gebürtige Tiroler seien. Auf die aktuelle Innenpolitik gemünzt, meinte Platter: „Wir brauchen keine Personaldebatten, sondern Taten.“ Nötig sei eine starke Bundesregierung, die Bundesländer würden ihren Beitrag dazu leisten, für die BürgerInnen von Österreich „etwas weiterzubringen“.

Nach den Ansprachen wurden die Gäste zu einem Empfang geladen, der kulinarisch im Zeichen des Landes Tirol stand.

BR-Präsidentin Ledl-Rossmann: Bundesrat soll Sprachrohr für Verbesserungen im Pflegebereich sein

„Die Zukunft der Pflege: Schaffbar, sichtbar, leistbar!“ Unter dieses Motto stellte Sonja Ledl-Rossmann tags darauf ihre Präsidentschaft in der Länderkammer im ersten Halbjahr 2017. Ledl-Rossmann, selbst diplomierte Gesundheits- und Krankenschwester, rief ihre Kolleginnen und Kollegen im Bundesrat dazu auf, mit ihr gemeinsam ein Sprachrohr für Pflegebedürftige und Pflegenden zu sein, um Verbesserungen in diesem Bereich zu erzielen und ihn abzusichern.

„In absehbarer Zeit stoßen wir an unsere Grenzen“, mahnte Ledl-Rossmann politisches Handeln und einen notwendigen Systemwechsel ein, denn wenn man die Zukunft der Pflege gefährde, dann verabschiede man sich von einem der zentralsten sozialen Werte. Ziel sei eine qualitätsvolle, würdevolle und auch leistbare Pflege für alle Menschen, die eine solche brauchen, so die Präsidentin. In diesem Zusammenhang lehnte Ledl-Rossmann jegliche Scheuklappen ab. Sie plädierte eindringlich dafür, ehrlich und professionell zu agieren und sich möglichst offen an neue Wege heranzuwagen. Das betreffe vor allem die Finanzierung, gefragt seien aber auch neue Modelle im Bereich Wohnen und Heime. Qualitätsvolle Pflege bedürfe zudem einer entsprechenden Ausbildung, sagte sie. Darüber hinaus gelte es, Menschen, die zu Pflegenden werden, möglichst von allem zu befreien, das sie zusätzlich belastet, ihnen vor allem stabile Rahmenbedingungen zu bieten.

Mit ihrer Arbeit wolle sie einen kleinen Beitrag dazu leisten, dass Österreich menschlich bleibt, betonte die Präsidentin, dass Qualität und menschliche Wärme auch jenen zuteilwerde, die es sich schwerer leisten könnten. Ledl-Rossmann sah den Bundesrat als idealen Ort an, um der Zukunft der Pflege entscheidende Impulse



Bundratspräsidentin Sonja Ledl-Rossmann und Landeshauptmann Günther Platter hissen die Tiroler Landesfahne auf dem Parlamentsdach © Parlamentsdirektion/Jantzen

zu geben. Er stehe nicht ständig im Scheinwerferlicht der medialen Aufmerksamkeit, daher könne er sich ohne schlagzeilenträchtige Querschüsse inhaltlich auch jenen Themen widmen, die nicht ganz oben auf der politischen Agenda stünden. In diesem Sinne sei die Länderkammer auch unverzichtbar, da hier konstruktive und reflektierte politische Arbeit gemacht werde, die allen guttue.

Die Bundratspräsidentin bedankte sich bei dieser Gelegenheit auch herzlich bei ihrem Vorgänger Mario Lindner und würdigte dessen Engagement für digitale Courage – eine Initiative, die vor allem für die Persönlichkeitsbildung von Bedeutung sei.

Ledl-Rossmann in Brüssel: Europa weiterentwickeln, im richtigen Moment etwas zurückschalten

Gemeinsam mit dem Zweiten Nationalratspräsidenten Karlheinz Kopf absolvierte Bundratspräsidentin Sonja Ledl-Rossmann Anfang März ein zweitägiges Besuchsprogramm in Brüssel. Dabei kam es unter

anderem zu Zusammenreffen mit dem Präsidenten des Ausschusses der Regionen, Markku Markkula, und mit EU-Kommissar Jyrki Katainen. Den rot-weiß-roten Austausch pflegten Kopf und Ledl-Rossmann mit heimischen Mitgliedern des Europäischen Parlaments, Botschafter Jürgen Meindl sowie bei einem Gespräch mit österreichischen Unternehmerinnen und Unternehmern.

Zum Start des Besuchsprogramms betonte Ledl-Rossmann, dass sich das europäische Projekt in einer spannenden Phase befinde. „Die positiven Aspekte, die für uns oft schon selbstverständlich sind, werden von mancher Fehlentwicklung überdeckt. Wichtig wird sein, dass Politik und Bevölkerung wieder in Gleichklang kommen. Dafür ist es entscheidend, effizient und sichtbar auf die Ängste und Sorgen der Menschen einzugehen. Europa behutsam weiterzuentwickeln, heißt derzeit wahrscheinlich auch, im richtigen Moment etwas zurückschalten“, so Ledl-Rossmann.

Die Reise in die belgische Hauptstadt bot auch die Möglichkeit für einen „Heimatbesuch“ im Tirol-Büro unter der Leitung des ehemaligen EU-Abgeordneten Richard Seeber. „Die Tiroler Einrichtung ist bereits seit vielen Jahren eine bewährte Institution. Der enge Draht zu den politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsträgern erhöht einerseits das Bewusstsein für regionale Bedürfnisse und stärkt andererseits die Arbeit an gemeinsamen Lösungen. Dies ist die reale Übersetzung unserer gemeinsamen europäischen Idee“, so Ledl-Rossmann.

Platter für mehr Gemeinsamkeit, Föderalismus und ein Europa der Regionen

In seiner Erklärung vor dem Bundesrat sprach sich der Tiroler Landeshauptmann Günther Platter am 16. März 2017 für ein Europa der Regionen und die Aufwertung des Bundesrates aus. Man brauche eine starke Vertretung der Länder, sagte er und hielt den Gegnern des Föderalismus entgegen, es sei „Quatsch“, zu meinen, Zentralismus sei billiger als Föderalismus.



Landeshauptmann Günther Platter bei seiner Rede vor dem Bundesrat © Parlamentsdirektion/Thomas Jantzen

Auf jeder Ebene müsse das getan werden, was dort am besten geleistet werden kann. Länder seien keine Reformverweigerer, vielmehr träten sie offensiv für Veränderungen ein, was der letzte Finanzausgleich mit der verstärkten Aufgabenorientierung und die Verwaltungsreformen in den Ländern deutlich unter Beweis stellten.

Platter ließ in seiner Rede mit der Aussage aufhorchen, jene Asylsuchende, bei denen es absehbar sei, dass sie einen positiven Asylbescheid erhalten, früher in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Der Landeshauptmann drängte darauf, einen solchen mutigen Schritt zu setzen, denn der Arbeitsmarkt sei die beste Integration, und wenn man nicht alles tue, um Menschen bestmöglich zu integrieren, dann mache man einen großen Fehler.

Grundsätzlich stellte er fest, dass man vor Jahrzehnten massive Fehler in der Integrationspolitik gemacht habe. Menschen mit Asylstatus müsse man integrieren, das heißt, sie müssten volle Unterstützung erhalten, selbst aber auch Deutsch lernen, die Werte akzeptieren und die Gesetze einhalten.

Bevor Platter auf weitere inhaltliche Fragen einging, dankte er Bundesratspräsidentin Sonja Ledl-

Rossmann dafür, dass sie sich des Themas Pflege annehme, da es in diesem Bereich einen dringenden Handlungsbedarf gebe.

Der Landeshauptmann erklärte, er stelle seine Vorsitzführung in der Landeshauptleutekonferenz unter das Motto „gemeinsam entscheiden“. Egoismus und Nationalismus führten zu nichts, betonte er, man müsse auf Augenhöhe miteinander reden. Als absoluter Befürworter der europäischen Integration kritisierte er den zunehmenden Egoismus der Mitgliedstaaten; viele wollten bei den Wohltaten dabei sein, nicht aber dann, wenn der Job erledigt werden müsse.

Kritische Worte fand der Landeshauptmann aber auch für die aktuelle Politik der EU, die bis in die Regionen hinein alles bis ins kleinste Detail regeln wolle, anstatt sich auf die großen Linien zu konzentrieren. Diese Fehlentwicklung habe sich fatal in der Flüchtlings- und Migrationskrise ausgewirkt, als man es nicht geschafft habe, die Außengrenzen zu sichern und das Schengensystem aufrechtzuerhalten. Jetzt steht [...] alles auf dem Spiel, weil die Europäische Union ihren Job nicht macht“, so Platter. Die EU sei daher gefordert, das Europa der Regionen leben zu lassen.

Platter zur Bildungsreform: Schulautonomie und qualitativ hochwertige Elementarpädagogik

Platter sprach sich sodann für eine Bildungsreform aus, bei der er sich vor allem für Schulautonomie und qualitativ hochwertige Elementarpädagogik einsetzte. Man stehe bereits im Finale der Verhandlungen mit der Bundesministerin, berichtete er, räumte jedoch ein, dass in der Frage der Finanzierung noch engagiertes Agieren erforderlich sei. Notwendig wäre aber vor allem eine Vereinfachung der Bildungsverwaltung, um mehr Flexibilität und Transparenz zu gewährleisten.

Zivilgesellschaft bei sicherheitspolitischen Themen besser einbinden

Umfassend widmete sich Platter den Bereichen Sicherheit und Integration und meinte, es gehe vor allem auch darum, das subjektive Sicherheitsempfinden der Bevölkerung zu verbessern. Platter will daher die Zivilgesellschaft bei sicherheitspolitischen Themen verstärkt einbinden und forderte in diesem Zusammenhang die Bürgerinnen und Bürger auf, hinzuschauen und mitzuarbeiten. Kein Verständnis zeigte er für die Türkei und ihren Versuch, ihren polarisierenden Wahlkampf nach Österreich zu tragen, doch müsse man, betonte Platter, trotz unterschiedlicher Meinungen im Gespräch bleiben.

Als eine besondere Herausforderung, vor allem auch für das Bundesland Tirol, das im Vorjahr von einer steigenden Zahl illegaler MigrantInnen betroffen war, nannte Platter die Migration. Der Druck auf Tirol sei massiv, sagte Platter, der seinen Willen unterstrich, die Brennergrenze offen zu halten. Italien müsse jedoch seinen Job machen und seine Politik des Durchwinkens beenden.

Der Tiroler Landeshauptmann sprach auch die Situation der Wirtschaft und Beschäftigung in seinem Bundesland an und wies auf die starke Wirtschaft, getragen von Tourismus und exzellenter Industrie sowie von hervorragenden Klein- und Mittelbetrieben, hin. Man positioniere sich auch mit großen Sportveranstaltungen, merkte er an, was aber auch heiße, in Infrastruktur zu investieren und gleichzeitig die Nachhaltigkeit zu fördern. Durch eine Verwaltungsreform habe man für die Betriebe vieles erleichtert. Als Problem sah Platter trotz guter Beschäftigungslage die saisonale Arbeitslosigkeit. Platter warnte auch vor einer Schuldenpolitik und davor, die nächsten Generationen damit zu belasten. Mit einem Schuldenberg nehme man der Jugend die Zukunft. Als Politiker müsse man daher auch manchmal Nein sagen, auch wenn es unpopulär sei.

Diskussion über Europa, Bildung, Sicherheit, Migration, Verkehr und Frauenpolitik

In der Diskussion wurden die Aussagen des Landeshauptmanns weitgehend positiv aufgenommen. Vor allem dankten ihm die Rednerinnen und Redner für sein klares Bekenntnis zum Zweikammersystem.

Subsidiarität sei das einzig richtige Konzept, um Probleme zu lösen, sagte etwa Bundesrat Andreas Köll. Wenn es um die Zukunft der EU gehe, so halte er ein Europa der Regionen für den richtigen Weg. Köll unterstrich die Rolle der EU als Friedensprojekt und meinte, diese Entwicklung habe auch dazu beigetragen, dass sich die Region Tirol nicht zu einem Nordirland entwickelt habe. Tirol spiele damit eine wichtige Rolle in der europäischen Integration und könne als Musterbeispiel dazu dienen, wie friedliches Miteinander funktionieren kann.

Bundesrat Hans-Peter Bock sprach sich für einen weiteren Ausbau der Ganztagschulen sowie für eine neue Kompetenzaufteilung im Bildungsbereich aus. Man sollte die Chance nützen, mit einer besseren Aufteilung Ressourcen und Geld freizuspielen. Zudem setzte er sich für eine Senkung der Wohn- und Lebenshaltungskosten ein.

Für einen verstärkten Umstieg vom Individualverkehr zum öffentlichen Verkehr trat insbesondere Bundesrätin Nicole Schreyer ein. Diese Forderung wurde vom Landeshauptmann voll unterstützt. Er konnte auch berichten, dass Tirol diesbezüglich ebenfalls einen offensiven Weg einschläge und mit der neuen Tarifreform ein Jahresticket von 490 € eingeführt habe.

Im Großteil ihrer Rede befasste sich Schreyer aber mit der Vertretung der Frauen in politischen Ämtern und stellte mit Bedauern fest, dass diese Bevölkerungsgruppe noch stark unterrepräsentiert sei. Frauen hätten andere Sichtweisen, was in Bezug auf das Gender-Budgeting, auf das System der Kinderbetreuung und den sozialen Bereich wichtig sei. Frauen würden auch in höherem Ausmaß öffentliche Verkehrsmittel benützen.

Weniger konsensuale Töne schlug Bundesrat Gerd Krusche an. Er unterstützte zwar die Aussagen Platters zum Föderalismus und zum Europa der Regionen, meinte aber, man müsse anhand der jüngsten Kriminalstatistik sehen, dass sich die Straftaten vermehrten, meinte Krusche, der sich gegen eine frühere Integration von Asylsuchenden in den Arbeitsmarkt aussprach. Die Verfahren seien laut Krusche oft deshalb so lang, weil Anwälte von NGOs bezahlt würden, um die Verfahren zu verschleppen. Asyl sei ein Schutz auf Zeit und nicht auf Ewigkeit, so Krusche.

Bundesratsvizepräsidentin Winkler in Rom: Nehmen wir uns die Gründerväter der EU zum Vorbild

Am 17. März 2017 nahm die Vizepräsidentin des Bundesrates Ingrid Winkler gemeinsam mit Nationalratspräsidentin Doris Bures in Rom an der Außerordentlichen Konferenz der EU-ParlamentspräsidentInnen anlässlich 60 Jahre Römer Verträge teil. Winkler erinnerte an „diesem eigentlich feierlichen und erfreulichen Tag“ daran, dass Entwicklungen und Ereignisse der letzten Zeit dazu geführt hätten, dass viele BürgerInnen der europäischen Einigung mit Skepsis gegenüberstünden.



LAND TIROL



Bundesratspräsidentin Sonja Ledl-Rossmann beim Tiroler Abend © Parlamentsdirektion/Thomas Jantzen

„Nach außen entwickeln sich viele der Staaten und Regionen rund um Europa nicht so, wie wir uns das wünschen würden. Nach innen stehen wir vielen Problemen gegenüber, wobei ich besonders die noch immer viel zu hohe Arbeitslosigkeit, vor allem unter den jungen Europäerinnen und Europäern, nennen möchte“, so die Bundesratsvizepräsidentin.

Europa zeichne sich zurzeit durch Widersprüche aus, sagte Winkler und zählte unter anderem folgende Beispiele auf: „Die einen wollen mehr, die anderen weniger Europa. Die einen meinen, dass man die Ausgaben des Staates erhöhen soll, die anderen sagen, dass man einsparen müsse. Die einen fordern Humanität, die anderen ein Schließen der Grenzen.“

Die Bundesratsvizepräsidentin rief dazu auf, diese Widersprüche zu überwinden: „Denken wir dabei an die Gründerväter der Europäischen Union zurück: Sie haben nur wenige Jahre nach einem Krieg, der schreckliche Verwüstungen für den gesamten Kontinent und furchtbares Leid über seine Völker gebracht hat, einen neuen Geist der Zusammenarbeit gefunden. Nationen, die sich noch kurz zuvor feindlich gegenüberstanden,

unterzeichneten hier in Rom Verträge, mit denen sie ihre Zusammenarbeit besiegelten.“

Winkler sagte, wir sollten uns heute wieder in Erinnerung rufen, „was wir schon erreicht haben und daraus die Kraft für die weitere Entwicklung unserer Europäischen Union schöpfen“. Gleichzeitig dürfte man sich aber nicht mit dem Erreichten zufriedengeben. Die enge Zusammenarbeit der Staaten Europas sei gerade angesichts der vielen Herausforderungen unserer Zeit eine Notwendigkeit.

Sonja Ledl-Rossmann: Zukunft der Pflegefinanzierung mit neuen Inhalten verknüpfen

Am Rande der Parlamentarischen Enquete „Die Zukunft der Pflege: Schaffbar, sichtbar, leistbar“ sprach sich Bundesratspräsidentin Sonja Ledl-Rossmann am 5. April 2017 für die weitere intensive Auseinandersetzung mit dem Thema aus. „Auch wenn der Pflegefonds bis 2021 verlängert wurde: Man darf hier nicht bis zum letzten Moment warten, sondern muss bereits jetzt eine fachliche Diskussion führen“, so Ledl-Rossmann. Abseits der Frage nach dem besten Modell einer

zukünftigen Finanzierung müsse es darum gehen, bestehende Strukturen genau zu prüfen. „Es wäre ein großer Fehler, ein neues Finanzierungsmodell über ein altes Pflegesystem zu stülpen“, betont die Bundesratspräsidentin.

Ledl-Rossmann drängte darauf, sich intensiv jenen Aspekten zu widmen, die im Rahmen der besagten Enquete thematisiert wurden. Hierzu zählten vor allem die künftige Angebotsentwicklung im ambulanten und stationären Bereich, die Ausweitung flexibler Modelle wie jenes der Kurzzeitpflege und neue Wohn- und Betreuungsformen. Weiters ortete Ledl-Rossmann unverändert bestehende bürokratische Hürden und Informationsdefizite. „Der Politik muss es gelingen, der stets betonten Wichtigkeit des Themas auch ein Gesicht zu geben. In diesem Sinne sehe ich die Menge an Impulsen, Anregungen und Kritik im Rahmen der heutigen Enquete auch als Auftrag“, bekräftigte Ledl-Rossmann, die darauf setzte, dass das Ergebnis „eine Art überparteiliches Arbeitsprogramm für die Zukunft der Pflege“ sein werde. „Schließlich braucht es gerade hier das Zusammenwirken zahlreicher Ebenen: von der Landes- und Bundespolitik über die Experten- und Praxisebene bis hin zu den Betroffenen.“ Ledl-Rossmann wollte sich im weiteren Verlauf ihrer Präsidentschaft vor allem drei Themen widmen: der Vereinfachung der Bürokratie, innovativen Wohn- und Betreuungsformen sowie Erleichterungen für pflegende Angehörige.

Ledl-Rossmann: Pflegeversorgung verbessern, ohne dabei Pflegepersonal schlechtzumachen

„In der großen Enquete des Bundesrates zum Thema Pflege wurden bereits im April wichtige Arbeitsfelder einer verantwortungsvollen Sozialpolitik aufgezeigt. Lassen wir den Scheinwerfer auf dem Pflege Thema und schaffen wir jetzt gemeinsam die Voraussetzungen für eine größtmögliche Betreuungsqualität.“ So äußerte sich Sonja Ledl-Rossmann, Präsidentin des Bundesrates, am 5. Mai 2017 zur Diskussion um den Pflegebericht der Volksanwaltschaft. „Ich komme selbst aus dem Pflegebereich und weiß, wie viele Menschen engagiert und liebevoll ihren Beruf ausüben. Sie alle haben es nicht verdient, dass ihre verantwortungsvolle Arbeit unter einem Generalverdacht steht. Schwarze Schafe haben in der Betreuung älterer oder behinderter Menschen nichts verloren – sorgen wir also dafür, dass Missstände schnell und zuverlässig entdeckt und konsequent beseitigt werden können. Und investieren wir noch viel mehr Energie in die Weiterentwicklung der Pflegeversorgung.“ Schon in den kommenden Jahren werde sich die Zahl der alten Menschen in Österreich verdoppeln. „Jedem Einzelnen von ihnen sind wir es schuldig, ein Pflegesystem zu schaffen, das über jeden Zweifel erhaben ist und würdevolles Leben im Alter ermöglicht.“

Für Bundesratspräsidentin Ledl-Rossmann geht es dabei um medizinische, pflegerische, finanzielle, psychologische, weltanschauliche, aber vor allem um zwischenmenschliche Aspekte: „Wir müssen sowohl betroffenen Menschen als auch ihren Angehörigen und in der Pflege Tätigen vermitteln, dass sie nicht allein gelassen werden. Sie dürfen nicht am Rande der Gesellschaft, sondern müssen im Zentrum stehen, von wo aus wir sie sehen, unterstützen und wertschätzen können.“

Für Ledl-Rossmann war der Arbeitsschwerpunkt ihrer Präsidentschaft mit Weitsicht gewählt, „weil Pflege viel zu oft nur dann im Fokus steht, wenn Defizite aufgezeigt wurden. Eine so komplexe Herausforderung löst man aber nicht mit anlassbezogenen Hauruck-Aktionen, sondern nur im Zusammenspiel aller Player in einem kontinuierlichen Reformprozess. Ich habe mir deshalb in den vergangenen Monaten vor Ort in den Bundesländern, in den Gemeinden ein Bild gemacht und mit vielen Menschen, die gepflegt werden, ihren Angehörigen und Pflegekräften gesprochen.“ Vieles davon sei bereits in der Pflege-Enquete des Bundesrates mit den Experten intensiv diskutiert worden, aber jetzt brauche es konkrete Aktivitäten, die über die halbjährige Bundesratspräsidentschaft hinaus andauern müssen. „Mein Ziel war und ist es, das Thema ins Bewusstsein aller Entscheidungsträger und der österreichischen Bevölkerung zu holen. Ich möchte in meiner jetzigen Funktion an der Spitze des Bundesrates, aber auch danach an dieser großen gesellschaftlichen Herausforderung arbeiten und meinen Beitrag dazu leisten“, so Ledl-Rossmann.

Ledl-Rossmann eröffnet Ausstellung von Margret Schiestl

Margret Schiestl passt nicht gut in eine Schublade. Nach ihrem Pädagogikstudium war sie zunächst lange Jahre als Lehrerin tätig, bevor sie, nach einer intensiven künstlerischen Ausbildung, im Jahr 2003 ihr eigenes Atelier eröffnete. 2010 wurde sie, als erste Frau und bisher älteste Preisträgerin, mit dem Tiroler Jungunternehmerpreis in der Kategorie Moderne Tradition ausgezeichnet. Dazwischen hat sie mit der „Tiroler Adlerin“ nicht nur ein einprägsames Symbol geschaffen, sondern auch ein eigenes Modelabel gegründet. Ein Adler mit Brüsten statt mit stolzgeschwellter Brust, an den Füßen High Heels, die Flügelspitzen zu Fäusten geballt, eine Krone auf dem Kopf und eine äußerst spitze Zunge – das ist das Markenzeichen der Künstlerin, die mit ihrer Modekollektion nicht nur auf Individualität, sondern auch auf Regionalität und Handwerk setzt.

Bei der Vernissage im Parlament am 9. Mai 2017 stand Schiestl allerdings nicht als Modedesignerin, sondern als Malerin im Rampenlicht. Bundesratspräsidentin Sonja Ledl-Rossmann eröffnete im sogenannten Salon des Bundesrates eine Ausstellung mit neuen Werken



v.re. Bundesratspräsidentin Sonja Ledl-Rossmann, Landwirtschaftsminister Andrä Rupprechter, Künstlerin Margret Schiestl
© Parlamentsdirektion/Thomas Topf

der Künstlerin. „Gewagte Linien“ hieß die Schau, in der Schiestl Bilder mit vielen Grautönen und sparsamen, aber bewusst gesetzten Farbakzenten zeigte.

Immer wieder fließen Tagesereignisse oder alltägliche Dinge in ihre Werke ein, etwa ein Glas Milch oder ein banaler Fernsehabend, wie Luise Kloos, bildende Künstlerin und Kunstprofessorin, in ihren Worten zur Ausstellung schilderte. Dinge, die für Schiestl plötzlich Bedeutung bekommen. Schiestl geht mit großer Energie ans Werk, sie habe nicht eine Leinwand vor sich, sondern gleich sechs, sie schützte, kratzte, male, gehe weg, kehre zurück und sei dabei tief im Geschehen drin. Geprägt ist Schiestl auch von ihrer Kindheit und Jugend in einer bergbäuerlichen Großfamilie.

Ledl-Rossmann, die zur Vernissage unter anderem den Zweiten Nationalratspräsidenten Karlheinz Kopf, Landwirtschaftsminister Andrä Rupprechter und ÖVP-Abgeordnete Maria Fekter begrüßen konnte, wies auf die Tradition im Bundesrat hin, im Rahmen der halb-jährigen Präsidentschaft eine Künstlerin oder einen Künstler aus dem jeweiligen Bundesland vorzustellen. Sie habe nicht lange überlegen müssen und sei von der Geschichte der Tiroler Adlerin begeistert. Schiestl habe eine Marke geschaffen, die zum Erfolgsrezept geworden sei. Die Ausstellung „Gewagte Linien“ war für Besucherinnen und Besucher des Parlaments bis

Ende Juni 2017 zu sehen, ehe das Parlament in das Ausweichquartier in die Hofburg übersiedelte.

Ledl-Rossmann zu Pflege: Mittel besser einsetzen, Arbeitsbesuch

Gemeinsam mit Bundesratsvizepräsidentin Ingrid Winkler, Bundesrat Edgar Mayer, Bundesrätin Monika Mühlwerth, Bundesrätin Nicole Schreyer und Bundesrat Reinhard Todt absolvierte Präsidentin Sonja Ledl-Rossmann Mitte Mai einen dreitägigen Arbeitsbesuch in den Niederlanden. Auf dem Programm standen ein politisches Gespräch mit Ankie Broekers-Knol, Präsidentin der Ersten Kammer, die Präsentation der niederländischen Gesundheits- und Pflegefinanzierung sowie der Besuch zweier innovativer Pflegeeinrichtungen – dem Demenzdorf Hogeweyk in Weesp und dem Wohn- und Pflegezentrum Humanitas in Deventer.

In den Niederlanden ist seit 1. Januar 2015 das aktuelle Langzeitpflegegesetz in Kraft. Dieses soll auch das veränderte Verständnis für die Pflege zum Ausdruck bringen, das sicher immer stärker in Richtung mehr Qualität von Leben ausrichtet. Dementsprechend steht nicht mehr nur die reine Versorgung, sondern vielmehr die Faktoren Wohnen, Arbeiten, Erholung und auch Lernen im Vordergrund. Das Langzeitpflegegesetz, eine gesetzliche Volksversicherung, sieht einen über

die Lohnsteuer einkommensabhängigen Beitrag auf Basis eines festen Prozentsatzes von 9,65 Prozent vor. Hinzu kommt ein ebenfalls einkommensabhängiger Selbstbehalt, sobald Leistungen in Anspruch genommen werden. Die Bezieher entscheiden dann selbst, ob sie die Leistungen in Form von Sachleistungen oder als persönliche Budgets konsumieren.

„Mit Blick auf das Auslaufen des Pflegefonds im Jahr 2021 ist es wichtig, schon jetzt unterschiedliche Modelle zu prüfen, damit dann rechtzeitig der beste Weg für die Zukunft der Pflege eingeschlagen werden kann“, so Ledl-Rossmann. Auch wenn das niederländische Modell der Pflege sowie das gesamte Gesundheitssystem nach Zahlen eines der erfolgreichsten der Welt, sei es bei Weitem nicht der einzige vorstellbare Ansatz. „Ein System muss immer auch zur Kultur eines Landes passen. So ist zum Beispiel das niederländische Modell der Krankenversicherung – private Versicherungen bieten Standardpakete auf Basis eines gesetzlich definierten Mindestleistungsrahmens an – für uns etwas gewöhnungsbedürftig. Dennoch sollten wir uns bei der Suche nach der besten Form der Pflegefinanzierung von unterschiedlichen Zugängen inspirieren lassen“, so Ledl-Rossmann.

Um den Wettbewerb unter den Versicherungen zu ermöglichen, erhalten diese vom Staat je nach Gesundheitszustand ihrer Versicherten Zahlungen aus dem öffentlichen Krankenversicherungsfonds. Dies soll auch verhindern, dass Versicherungen eine Risikoselektion vornehmen, die Standardversorgung muss ohnedies für jeden Staatsbürger, unabhängig von seinem Gesundheitszustand, zugänglich sein.

Dass innovative Pflegeansätze nicht immer gleich mehr Geld benötigen, beweist das Demenzdorf Hogeweyk in Weesp in der Nähe von Amsterdam. Mitbegründerin Janette Spiering verwandelte ein ehemaliges Pflegeheim für demenzkranke Menschen im Jahr 2007 in das heutige Dorf – ein Vorzeigebispiel, das regelmäßig Fachleute anlockt, etwa aus den USA, Kanada, Singapur oder Australien.

Das Besondere: Das Dorf bettet sich in eine Wohnsiedlung ein und verfügt über die klassische Infrastruktur eines gewöhnlichen Ortes – vom Theater bis zum Pub, vom Supermarkt bis zum Restaurant. „Wir möchten den Menschen nicht das Gefühl geben, dass sie krank sind. Klassische Pflegeheime wirken oft wie Krankenhäuser mit den entsprechenden Emotionen, die diese auslösen“, so Spiering. Die aktuell 152 Patienten leben in eigenen Wohneinheiten mit bis zu sechs Mitbewohnern. Dabei besteht jede Wohnung aus Wohnzimmer und Küche, zwei Bädern, separaten Schlafzimmern und Außenfläche. In Gestaltung und Einrichtung geht man im Dorf voll und ganz auf die Bedürfnisse der Patienten ein – die Anlage ist nach

sieben „Lifestyle-Typen“ gestaltet, auch die Wohnungen werden individuell eingerichtet. „Urban oder ländlich, klassisch oder modern, mit Fokus auf die eigenen vier Wände oder auf den Austausch mit den Nachbarn – jeder soll bei uns so leben, so wie er es gewohnt ist und auch vorher geliebt hat“, betont Spiering. Die Definition der Lebensstiltypen wurde unter wissenschaftlicher Begleitung entwickelt, Angehörige entscheiden sich im Rahmen einer schriftlichen Befragung dafür, welche Typen den Vorlieben ihrer Angehörigen entsprechen. „Spannend und schön finde ich, dass das Dorf die gleichen finanziellen Mittel vom Staat wie jedes andere Pflegeheim erhält. Der beste Beweis dafür, dass Innovation in der Pflege nicht immer teurer sein muss“, so Ledl-Rossmann, die sich ähnliche Modelle auch für Österreich vorstellen kann. „Man muss dafür nicht mehr Geld in die Hand nehmen, sondern den Mut haben, es anders einzusetzen!“

In Deventer betreibt die „Humanitas-Stiftung“ ein Wohn- und Pflegezentrum, in dem 150 ältere Menschen ein Zuhause finden. Zusätzlich leben dort sechs Studenten, die dem Haus junges Leben einhauchen. „Die Jungen wohnen kostenlos und vereinbaren mit uns, 30 Stunden pro Woche für Nachbarschaftshilfe zu investieren“, erklärt Vorstand Dirk Metselaar. Dabei werden keine definierten Aufgaben verteilt, die jungen Menschen sollen „einfach gute Nachbarn sein“. Der Effekt: Die älteren Bewohner – unter ihnen auch circa 30 teils fortgeschritten demenzkranke Menschen – genießen das Leben unter den Jugendlichen und deren Gesellschaft und geben dabei selbst etwas an die junge Generation weiter. Wichtig sei dabei der richtige Mix, sechs junge unter 150 älteren Menschen ist im Wohnheim in Deventer das Maximum. Bei der Auswahl der Studenten werden bewusst jene präferiert, die medizin- und pflegeferne Studien absolvieren. „Ansonsten kippt das Nachbarschaftsverhältnis schnell in Richtung Pflege und Versorgung. Diesen Effekt möchten wir vermeiden“, so Metselaar. So bringe das generationenübergreifende Zusammenleben auch „ein gewisses Stück Normalität“ in das Leben der älteren Bewohner zurück. „Auch dieses Konzept folgt ganz bewusst dem Ansatz, Leben so normal und gewohnt wie immer zu gestalten. Dadurch entstehen im Heim tagtäglich jene gesellschaftlichen Prozesse, die auch außerhalb unser Zusammenleben prägen“, so Präsidentin Ledl-Rossmann nach dem Besuch. Insgesamt bezeichnet sie die Erfahrungen als „vielschichtig und differenziert“. „Man sieht einerseits viele Parallelen und andererseits den Mut in den Niederlanden, einen Schritt weiter zu gehen. In Sachen Qualität brauchen wir uns bestimmt nicht zu verstecken, von manchen überholten Formen könnten wir uns jedoch lösen. Die Beispiele haben gezeigt, wie einfach und effektiv dies möglich ist“, betonte die Bundesratspräsidentin.





2. Halbjahr 2016 – Übersicht betreffend die Tätigkeit des Bundesrates

Sitzungen	8
Gemeinsame Sitzungen NR/BR	-
Bundesversammlung	-
In Verhandlung genommen:	
Gesetzesbeschlüsse	76
Zustimmungen nach Art. 44 Abs. 2 B-VG	3
sonstige Zustimmungen	-
davon Einsprüche	-
davon 8-Wochen-Fristablauf	-
Ablehnung im Ausschuss	-
Vertagung im Ausschuss	-
Ablehnung im Plenum	-
Übergang zur Tagesordnung	-
Stimmgleichheit	-
Staatsverträge	14
davon Zustimmungen nach Art. 50 Abs. 2 Z 2 B-VG	6
davon Zustimmungen nach Art. 50 Abs. 2 Z 4 B-VG	1
davon Zustimmungen nach Art. 50 Abs. 2 iVm Art. 50	-
Abs. 4 B-VG davon Fälle von Art. 50 Abs. 2 Z 3 B-VG	-
davon Art. 15a B-VG-Vereinbarungen	7
sonstige Zustimmungen	-
Berichte der Bundesregierung und ihrer Mitglieder	5
Berichte der Volksanwaltschaft	1
Eingebracht:	
Schriftliche Anfragen	40
davon Dringliche Anfragen	1
Besprechungen von Anfragebeantwortungen	1*)
Anträge auf Änderung der Geschäftsordnung	-
Gesetzesanträge	-
davon Anträge eines Drittels der Mitglieder	-
des Bundesrates gem. Art. 41 Abs. 1 B-VG	-
Selbständige (Entschließungs)anträge	3
Unselbständige Entschließungsanträge	1
davon angenommen	-
Anträge, Einspruch zu erheben	1
davon angenommen	-
Sonstiges:	
Erklärungen von Landeshauptleuten	1
Erklärungen von Mitgliedern der Bundesregierung	-
Erklärungen gemäß § 38a GO-BR	1
Fragestunden	1
Aktuelle Stunden	4
Enquete	1

Sitzungen der Ausschüsse des Bundesrates:

EU-Ausschuss	5
Stellungnahmen gemäß Art. 23g Abs. 1 B-VG	2
Stellungnahme gemäß Art. 23e B-VG	-
Mitteilungen gemäß Art. 23f Abs. 4 B-VG	2
Ausschussfeststellung	-
Aktuelle Aussprache	-
Ausschuss für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz	2
Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten	1
Ausschuss für BürgerInnenrechte und Petitionen	1
Ausschuss für Familie und Jugend	-
Finanzausschuss	3
Geschäftsordnungsausschuss	-
Gesundheitsausschuss	3
Gleichbehandlungsausschuss	-
Ausschuss für innere Angelegenheiten	3
Ausschuss für Innovation, Technologie und Zukunft	2
Justizausschuss	3
Kinderrechteausschuss	3
Landesverteidigungsausschuss	-
Ausschuss für Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	1
Ausschuss für Sportangelegenheiten	-
Umweltausschuss	2
Ausschuss für Unterricht, Kunst und Kultur	3
Unvereinbarkeitsausschuss	2
Ausschuss für Verfassung und Föderalismus	5
Ausschuss für Verkehr	2
Wirtschaftsausschuss	3
Ausschuss für Wissenschaft und Forschung	1
Ständiger gemeinsamer Ausschuss iSd § 9 F-VG 1948	-
Verkehrsausschuss	1

Quelle: Bundesratskanzlei

*) zurückgezogen



1. Halbjahr 2017 – Übersicht betreffend die Tätigkeit des Bundesrates

Sitzungen	6
Gemeinsame Sitzungen NR/BR	-
Bundesversammlung	1
In Verhandlung genommen:	
Gesetzesbeschlüsse	39
Zustimmungen nach Art. 44 Abs. 2 B-VG	1
Zustimmung nach Art. 30a B-VG	-
sonstige Zustimmungen	-
davon Einsprüche	-
davon 8-Wochen-Fristablauf	-
Ablehnung im Ausschuss	-
Vertagung im Ausschuss	1
Absetzung im Ausschuss	-
Ablehnung im Plenum	-
Übergang zur Tagesordnung	-
Stimmengleichheit	-
Staatsverträge	15
davon Zustimmungen nach Art. 50 Abs. 2 Z 2 B-VG	9
davon Zustimmungen nach Art. 50 Abs. 1 Z 2 iVm Art. 50 Abs. 4 B-VG	-
davon Fälle von Art. 50 Abs. 2 Z 3 B-VG	-
davon Fälle von Art. 50 Abs. 2 Z 4 B-VG	1
davon Art. 15a B-VG-Vereinbarungen	-
sonstige Zustimmungen	-
Berichte der Bundesregierung und ihrer Mitglieder	27
Berichte der Volksanwaltschaft	-
Eingebracht:	
Schriftliche Anfragen	62
davon Dringliche Anfragen	3
Besprechungen von Anfragebeantwortungen	-
Anträge auf Änderung der Geschäftsordnung	-
Gesetzesanträge	-
davon Anträge eines Drittels der Mitglieder des Bundesrates gem. Art. 41 Abs. 1 B-VG	-
Selbständige Entschliessungsanträge	6
Unselbständige Entschliessungsanträge	8
davon angenommen	1
Anträge, Einspruch zu erheben	-
davon angenommen	-
Abänderungsanträge	1
davon angenommen	-
Sonstiges:	
Erklärungen von Landeshauptleuten	1
Erklärungen von Mitgliedern der Bundesregierung	1
Fragestunden	1
Aktuelle Stunden	5
Enquete	1

Sitzungen der Ausschüsse des Bundesrates:

EU-Ausschuss	7
Begründete Stellungnahmen gemäß Art. 23g Abs. 1 B-VG	5
Stellungnahme gemäß Art. 23e B-VG	-
Mitteilungen gemäß Art. 23f Abs. 4 iVm Art. 23k Abs. 3 B-VG	5
Ausschussfeststellung	-
Aktuelle Aussprache	-
Ausschuss für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz	4
Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten	2
Ausschuss für BürgerInnenrechte und Petitionen	1
Ausschuss für Familie und Jugend	1
Finanzausschuss	3
Geschäftsordnungsausschuss	-
Gesundheitsausschuss	3
Gleichbehandlungsausschuss	-
Ausschuss für innere Angelegenheiten	2
Ausschuss für Innovation, Technologie und Zukunft	1
Justizausschuss	4
Kinderrechteausschuss	3
Landesverteidigungsausschuss	-
Ausschuss für Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	-
Ausschuss für Sportangelegenheiten	1
Umweltausschuss	2
Ausschuss für Unterricht, Kunst und Kultur	2
Unvereinbarkeitsausschuss	-
Ausschuss für Verfassung und Föderalismus	2
Ausschuss für Verkehr	3
Wirtschaftsausschuss	1
Ausschuss für Wissenschaft und Forschung	3
Ständiger gemeinsamer Ausschuss iSd § 9 F-VG 1948	-

Quelle: Bundesratskanzlei

